Nr. 133.

14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7487. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 11. Juni 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Rußland.

Wir wollen hier nicht über die Rolle reden, die Rußland in der neuesten Phase der Orientfrage gespielt hat und spielt. Jeder, der dem Gang der Dinge mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, weiß, daß das halbbarbarische, dem brutalsten und blödesten Despotismus verfallene Zarenreich von den übrigen europäischen Mächten inbrünstig umworben wird; daß dieses Werben in ein wahres „Wettkriechen" ausgeartet ist, wie die „Kölnische Zeitung" sich schon vor zehn Jahren äußerte, und daß dieses halbbarbarische Zarenreich jetzt thatsächlich der Schiedsrichter Europa's ist, obgleich jede einzelne der europäischen Großmächte es an wirklicher Macht übertrifft.

Wir wollen hier nicht ausführen, wie und warum es so gekommen ist, — wie Rußlands Stärke nur darin wurzelt, daß die übrigen Mächte widersprechende Interessen, zum theil niedrigster dynastischer oder raubpolitischer Art verfolgen, und einander gegenseitig lahm legen, wie insbesondere Deutschland und Frankreich, die zwei Mächte, die augenblicklich hilflos an die Rockschöße Rußlands sich klammern, jede von beiden die andere zur lächerlichsten und kläglichsten Ohnmacht verdammend, obgleich sie vereint durch ein kräftiges Wort dem ganzen russischen Spuk ein Ende machen, und den Weltfrieden sichern könnten.

Wir wollen nicht zeigen, welchen negativen und positiven Faktor der internationale Sozialismus in der gegenwärtigen Weltlage und in den Beziehungen der Mächte zu einander bildet, — wie einerseits die Furcht vor dem Sozialismus die kapitalistischen Staaten dem nordischen Halbbarbarenstaat in die Arme treibt, wie anderseits neue Kräfte heranwachsen und sich entwickeln, die einst die Staaten und das gegenseitige Verhältniß der Staaten zu einander auf ganz neuen Grundlagen einrichten werden.

Unsere heutige Absicht ist einfach die, nach zuverlässigen Mittheilungen, die uns zugegangen sind, auf die russischen Zustände einige Streiflichter zu werfen. Bekannt ist das Wort: „Wir quälen uns ab, Afrika zu erforschen, und von Rußland wissen wir weniger als von Afrika".

In der That ist Rußland für uns „ein dunkler Erdtheil".

Die russischen Zeitungen schreiben zwar viel über Rußland, und russische Federn schreiben für die Presse des Auslandes noch weit mehr über Rußland als die russische Presse selbst, aber was die russische Presse schreibt, schreibt sie mit Erlaubniß oder auf Befehl der russischen Regierung, und was die russischen Federn für die Presse des Auslands schreiben, ist, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, russische Reptilarbeit.

Was uns da geboten wird, sind Potemkin'sche Dörfer. Und seit den Tagen der „großen" Katharina, dieser russischen Messalina, hat die Praxis der Potemkin'schen Dörfer sich in Rußland enorm ausgebreitet und vervollkommt. Wie wurde zum Beispiel, um einen kleinen, jedoch bezeichnenden Fall zu erwähnen, der brave Virchow, der doch sonst ganz gute Augen hat, vor einigen Jahren durch Potemkin'sche Dörfer und Hospitäler zum Narren gemacht! Unsere Mittheilungen stammen von Männern, die zwischen den Potemkin'schen Dörfern wohnen, und deren täuschende Verlogenheit, sowie die nüchterne, traurige Wirklichkeit dahinter kennen — so genau kennen, wie dies „wohlunterrichteten" Russen möglich ist. Das „wohlunterrichtet" will in Rußland freilich nicht viel sagen. Wenn man von den Behörden absieht, die durch verlogene Untergebene „wohlunterrichtet" sind über die — Potemkin'schen Dörfer und sonst nichts, so ist in Rußland niemand wohlunterrichtet, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Möglichkeit fehlt, sich zu unterrichten, weil der bleierne, stumpfe Despotismus, der auf Rußland lastet, seine ganze Kraft dransetzt — und von seinem Standpunkt aus auch mit recht —: die Wahrheit über die russischen Zustände zu unterdrücken und, so weit Thatsachen nicht todtgeschwiegen werden, nur verlogene Berichte unter das Publikum gelangen zu lassen.

In den zivilisirten Ländern, zu denen wir vorläufig noch auch das Deutsche Reich rechnen wollen, unterrichtet man sich über die Zustände des Landes durch den schriftlichen und mündlichen Gedankenaustausch, den einerseits öffentliche Vereine und Gesellschaften, anderseits Bücher, Broschüren und vor allem die Zeitschriften und Zeitungen vermitteln. Diese Organe der Vermittelung fehlen in Rußland vollständig. Vereine, die sich mit politischen Angelegenheiten beschäftigen, giebt es in Rußland nicht; wer einen politischen Verein gründet oder ihm angehört, ist ein Staats-Verbrecher, der nach Sibirien verschickt wird. Vereine, die sich mit unpolitischen Dingen beschäftigen, z. B. mit hygienischen Fragen, werden nur aus Gnade gestattet und ohne Gnade sofort aufgelöst, wenn sie irgendwie, sei es auch nur durch zahlreichen Besuch „verdächtig" werden. „Zahlreicher Besuch" ist, so unglaublich es klingt, wiederholt von der Polizei als Verbotsgrund bezeichnet worden. Und nun die Presse und Literatur! In Rußland wird keine Zeile gedruckt, die nicht vorher dem Zensor, d. h. der Polizei vorgelegen hat. Größere, rein wissenschaftliche Schriften unterliegen allerdings nicht der Vor-Zensur, aber darum einer um so strengeren Nach-Zensur. Diese hat eine sehr wirksame und praktische Manier, „Verdächtiges" von den russischen Unterthanen fernzuhalten. Während in Druckschriften, die aus dem Ausland kommen, das Verdächtige mit Druckerschwärze verschmiert wird, wird in inländischen Druckschriften, die nicht der Vor-Zensur unterworfen waren, das „Verdächtige" mit einer Scheere oder einem Messer ausgeschnitten. Die Zeitungen aber werden aufs schärfste zensirt; kein Wort geht durch, daß der Polizei nicht gefällt, und kommt die Polizei zu der Ueberzeugung, daß die Redaktion des Blattes „verdächtige" Tendenzen hat, so wird das „verdächtige" Blatt verwarnt und dann Knall und Fall verboten. Wie und wo soll sich da jemand über russische Zustände — überhaupt über politische Zustände — unterrichten? Man ist auf den mündlichen oder brieflichen Verkehr von Person zu Person angewiesen. Diese Isolirtheit des Individuums, diese Abwesenheit des politischen Verkehrs ist es, was von den gebildeten Russen am schmerzlichsten empfunden wird.

Und in dieser Beziehung ist es jetzt so schlimm, wie nur jemals zuvor in den schlimmsten Zeiten des ersten Nikolaus und des dritten Alexander.

In „gebildeten und liberalen Gesellschaftskreisen" — wir brauchen hier den uns gegenüber gebrauchten Ausdruck — hatte man bei der Thronbesteigung des jetzigen Zaren allgemein erwartet, die Kamarilla, welche den dritten Alexander in der Hand gehabt hatte, werde beseitigt, und wenn auch keine Konstitution, doch irgend ein, den Absolutismus etwas eindämmendes Grundgesetz gegeben werden. Es ist gar nichts geschehen. Mit Ausnahme von ein paar Personen ist die alte Kamarilla geblieben; der junge Zar, von Haus aus weich und ohne Initiative wie ohne besondere Intelligenz, ist systematisch durch revolutionäre Popanze erschreckt worden, so daß er jeder Gewaltmaßregel zustimmt, und in jeder selbständigen und freieren Regung eine ihn persönlich bedrohende Gefahr erblickt. So hat die Kamarilla auf die Furcht des Zaren ihr Schreckensregiment gestützt.

Bei der in Rußland herrschenden Ideensperre kann natürlich von einer „bürgerlichen Bewegung" nicht die Rede sein. Alles was sich so nennt, sind vereinzelte Ansichten und Wünsche. Für das denkende Element des Bürgerthums ist die Lage umso unerträglicher, als das gesammte Bauernthum, das heißt gut vier Fünftel der Bevölkerung Rußlands, politisch noch todt ist und alles Heil von dem Popen, der Polizei und dem Zaren erhofft. Die entsetzliche Hungersnoth des Jahres 1891 ist in frischem Gedächtniß. Hunderttausende von Bauern starben Hungers oder am Hungertyphus. Die Nahrungsmittel, welche die Regierung in die Hungerdistrikte zu schicken befahl, wurden von diebischen Beamten gestohlen — die Massen starben lautlos und stumpfsinnig wie die Mücken, und kein Protest, keine Forderung, keine Drohung, kein Akt der Rebellion störte „die Ruhe des Kirchhofes." Politischer Tod!

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß schon vor zwanzig Jahren ein uns befreundeter russischer Gelehrter mit von Thränen erstickter Stimme ausrief:

Es giebt noch kein russisches Volk.

Wo soll der Hebel der Reform angesetzt werden? Es fehlt der feste Punkt — es fehlt das Volk. Die Bauern können nicht lesen; und könnten sie lesen, — aus den Blättern, die sie zu lesen bekämen, wäre nichts anderes zu lernen, als was der Pope, der Gendarm, der Gutsherr und sein Verwalter ihnen sagt. Dann und wann wird, in Erinnerung an alte Zeiten, ein Schloß oder ein Gutshof verbrannt — allein das sind Ausbrüche der Leidenschaft ohne politischen Charakter und ohne Plan.

Unter den Arbeitern und in der kleinen, an das Proletariat anstreifenden Mittelklasse, aus der die meisten Gymnasiasten und Studenten hervorgehen, haben sozialistische Ideen Wurzel gefaßt und breiten sich auch aus. Das ist indeß ein langsames Wachsen. Der Kapitalismus, der ja ein großer Revolutionär ist, hat wohl in Rußland seinen Einzug gehalten, aber Rußland ist groß und ehe der Kapitalismus sich dieses räumlich enorm ausgedehnte und fast durchweg dünn bevölkerte, wirthschaftlich, politisch und geistig zurückgebliebene Land erobert hat, wird noch geraume Zeit verstreichen. Die Zahl der Industriearbeiter ist heute, wie uns versichert wird, noch so ziemlich dieselbe wie vor 5 und 10 Jahren, nur daß mehr Fabriken entstanden sind, und entsprechend mehr Waaren produzirt werden. Die Fortschritte der russischen Industrie sind unseren Gewährsmännern zufolge in den Zeitungen arg übertrieben worden. Die russische Regierung will vor dem Auslande glänzen, schon um besser pumpen zu können. „Für die Konkurrenz des Weltmarkts ist die russische Industrie noch nicht stark genug, und der Binnenmarkt ist zwar kolossal, aber die Kaufkraft fehlt — das Volk ist unglaublich arm."

Kein Wunder unter solchen Umständen, daß der Pessimismus, von dem der Nihilismus nur eine Abart ist, in bürgerlichen Kreisen mehr und mehr um sich greift, und daß viele in einem Kriege die letzte verzweifelte Chance der Rettung erblicken. Die so denken, berufen sich auf den Krimkrieg der fünfziger Jahre, dem die Bauern-Emanzipation und andere (allerdings russische) Reformen zu verdanken waren. Ein neuer Krieg würde bei der elenden Mißwirthschaft des chronisch bankrotten Zarenreichs, namentlich bei dem erbärmlichen Verkehrswesen und der erbärmlichen Armeeverwaltung, vermuthlich zu einem ebenso gründlichen Zusammenbruch führen, wie seinerzeit der Krimkrieg; allein was sind das für Zustände, wenn der Krieg mit seinen entsetzlichen Opfern und Greueln als Rettung verheißender Ausweg aus der politischen Misère erscheint?

Jedenfalls hat das persönliche Regiment nicht einmal in dem vorrevolutionären Frankreich den Nachweis seiner Nichtbefähigung gleich gründlich, und in, für das Volk und die Menschheit annähernd so unheilvoller Weise erbracht, wie in Rußland — dem höchsten politischen Ideal unserer deutschen Reaktionäre.

Vom Vereinsgesetz.

Den Ausschluß der Minderjährigen behandelt Dr. Jastrow in der „Sozialen Praxis" vom pädagogischen Standpunkte. Er schließt seine Ausführungen also:

„Sollte die Vorlage Gesetz werden, so würde ihre erste und vornehmlichste Wirkung sein, daß sie jungen Leuten ein bedeutendes politisches Bildungsmittel entzieht. Ferner würde aber auch die Stellung der jungen Generation gegenüber der älteren unvortheilhaft beeinflußt werden. Die junge Welt kann aus diesem Gesetze nur die Vorstellung bekommen, daß vor dem in ihr schlummernden Geiste die alte Generation sich fürchte. Es schickt sich nicht, daß der Erzieher sich fürchtet vor dem, den er erziehen soll. Aber die Verfasser dieser Vorlage stehen mit schlotternden Knieen vor dem, was in der jungen Generation sich regt. Dieses Gefühl der Angst geht so weit, daß in der Presse sogar behauptet wird, der Kriegsminister habe erklärt, er traue sich nicht mehr zu, die Rekruten richtig auszubilden, wenn sie vorher politische Versammlungen besucht hätten. Endlich widerspricht das gegenwärtige Verbot des Versammlungsbesuchs bis zum 21. Jahre und die plötzliche Freigabe gerade in dem Augenblicke, wo der Jüngling der Gewalt des Vaters gesetzlich entzogen wird, allen pädagogischen Grundsätzen der Individualisirung und der allmäligen Uebergänge. Es wird nicht mehr Aufgabe des Vaters sein, auf den Versammlungsbesuch des Sohnes einen weise mäßigenden und unbemerkt regelnden Einfluß zu üben. Das Gesetz entzieht den Sohn der Betheiligung an allem politischen Leben und stellt ihn an seinem 21. Geburtstage neben den Vater. Man müßte ein sehr schlechter Psychologe sein, wenn man nicht voraussehen sollte, daß die Wirkung eines solchen Gesetzes ein maßloses Hervordrängen der flügge gewordenen Einundzwanzigjährigen in den politischen Versammlungen sein würde."

Politische Uebersicht.

Berlin, 10. Juni.

Sieg in Königsberg. Eine Privatdepesche meldet kurz vor Schluß der Redaktion über das Resultat der heutigen Reichstags-Ersatzwahl:

Es wurden abgegeben für Haase (Soz.) 11912 Stimmen, Papendieck (frs. Vp.) 4878, Störmer (Reformp.) 2036, Krause (natl.) 3854 Stimmen. Also: **Haase gewählt.**

Bedeutender Stimmenrückgang der bürgerlichen Parteien. Bedeutender Stimmenzuwachs der sozialdemokratischen Partei. Zum ersten Male Sieg in Königsberg ohne Stichwahl.

Ein Bravo den Königsberger Parteigenossen!

Majestätsbeleidigungs-Prozeß gegen Tausch? Der „Hannöversche Courier" des Herrn Bennigsen erklärt es „für selbstverständlich", daß die Anklagebehörde gegen den Kriminalkommissar v. Tausch bereits ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet habe. Die Anklage soll sich besonders auf die Aussage des Schriftstellers Krämer stützen. Dieser hatte die Mittheilungen über die Erzählungen Tausch's in Sachen des angeblichen Ohrenleidens des Kaisers gemacht und hierbei dem Protokoll zufolge erklärt:

„Ich habe ihn gefragt, wieso er denn über alle diese Dinge so informirt sei. Er sagte, daß er den Kaiser mit einem Netz von Spionen oder mit Spionen umgeben habe und dadurch über alle Sachen informirt sei. Als Beweis dafür — und nun muß ich einen Gegenstand berühren, den ich gern vermieden — als Beweis dafür, daß er über alle Vorgänge im Palais genau unterrichtet sei, machte mir Herr von Tausch Mittheilung über einen Vorfall, der sich, glaube ich, am 24. Januar 1894 zugetragen hat, also an dem Tage, an dem der Kaiser den Flügeladjutanten Grafen Moltke nach Friedrichsruh entsandt. Es war die bekannte Sache, wo nach der ursprünglichen Aussöhnung und nach den Differenzen, die dann wieder entstanden sein sollten, die sogenannte Versöhnung durch eine Flasche Steinberger —"

Hier wurde der Zeuge vom Vorsitzenden unterbrochen mit der Bitte, „zunächst von diesem Punkt Abstand zu nehmen." Es entspann sich dann eine Erörterung zwischen dem Vorsitzenden, dem Oberstaatsanwalt Drescher, dem Zeugen Krämer, dem Angeklagten v. Lützow und dessen Vertheidiger Dr. Lubszynski, sowie dem Vertheidiger v. Tausch's, Dr. Sello. Der Vorsitzende und der Oberstaatsanwalt äußerten übereinstimmend den Wunsch, daß das, was der Zeuge Krämer über weitere Aeußerungen von v. Tausch über den Kaiser wahrheitsgemäß unter seinem Eide auszusagen im Begriff stand, überhaupt nicht vorgebracht werde. Der Gegenstand wurde in den Verhandlungen auch nicht mehr erörtert. Der „Hann. Kour." theilt nun hierzu mit:

Der Leser wird nun wissen wollen, welch ungeheuerliche Aeußerung Herr v. Tausch gegenüber dem in jeder Hinsicht einwandsfreien Zeugen Krämer damals (17. März 1894) gethan hat. Herr Krämer hat die ominösen Worte sogleich, nachdem v. Tausch ihn verlassen hatte, zu Papier gebracht, und später ist er, nachdem die Geschichte ohne sein Zuthun der Behörden zu Ohren gekommen war, gezwungen worden, dieses Papier dem Untersuchungsrichter auszuhändigen. Seitdem liegt es bei den Akten. Der Zeuge hat sich auch persönlichen Bekannten gegenüber strikte geweigert, den Ausspruch v. Tausch's weiter zu er-

zählen, und auf vieles Drängen hat er nur geantwortet: „Es ist eine Majestätsbeleidigung gröbster Art!"

Nun, uns will bedünken, daß dieser Herr Krämer, patriotisch-bismarckisch-antisemitischer „Schriftsteller" seines Zeichens, ein sehr bedenklicher Patron ist. Vermeintliche Majestätsbeleidigungen, die ein anderer in vertraulichem Privatgespräch machte, nachträglich niederschreiben und sich dann „zwingen lassen", das Niedergeschriebene „dem Untersuchungsrichter auszuhändigen", das sind Gewohnheiten, welche doch sehr zu denken geben. —

Die Reichstags-Ersatzwahl in Wiesbaden zeigt das Parteibild vom Jahre 1893 wenig verändert. Die sozialdemokratische Partei hat keine Erfolge aufzuweisen, sie gelangt nicht in die Stichwahl und hat an Stimmenzahl um mehrere Hundert abgenommen.

Das Stimmenverhältniß im Jahre 1893 war folgendes: Freisinnige Vereinigung 6289, Freisinnige Volkspartei 4894, Zentrum 5027, Sozialdemokratie 6253, Antisemiten 1245. In der Stichwahl siegte der Kandidat der freisinnigen Vereinigung mit 11 875 gegen 9566 sozialdemokratische Stimmen.

Bei der jetzigen Wahl ist von der freisinnigen Vereinigung kein Kandidat gestellt worden, die 93er Wähler der freisinnigen Vereinigung trennten sich und gingen theils zum konservativ-nationalliberalen Kandidaten, theils zum Kandidaten der freisinnigen Volkspartei. Auch ein antisemitischer Kandidat war diesmal nicht aufgestellt.

Das Resultat ist nun folgendes: Wintermeyer (frs. Vp.) 6566 Stimmen, v. Fugger (Zentrum) 5555, Dr. Quarck (Sozialdemokrat) 5166, Bartling (nationalliberal) 3072. Es wird also Stichwahl zwischen der freisinnigen Volkspartei und dem Zentrum stattfinden.

Die Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen ist um 3½ Tausend hinter der Zahl im Jahre 1893 zurückgeblieben. Der Ausfall wird zur bei weitem großen Hälfte von der bürgerlichen Partei getragen, aber auch die Sozialdemokratie ist sehr stark, sagen wir bei weitem zu stark daran betheiligt. Als Ursache hierfür können wir, soweit wir die Lage im Wahlkreise zu übersehen vermögen, hauptsächlich den Wechsel des Kandidaten ansehen. Eine Aenderung der Kandidatur pflegt ja häufig bei den Wählern eine gewisse Verwirrung anzurichten. Wir sind aber überzeugt, daß unsere Genossen durch eifrige Agitation in Zukunft das diesmal nicht Erreichte nachholen werden.

Das bemerkenswertheste Merkzeichen dieser Wahl ist aber der sichtbare Zug der Volksmassen nach links. Der nationalliberale Kandidat, welcher sich mit den Konservativen verbrüderte und für die Flottenpläne eintrat, hat eine schwere Niederlage erlitten. Obwohl die Antisemiten keine Kandidatur aufgestellt hatten, erhielt der eigentliche Vertreter von „Ordnung und Sitte", der auch Regierungskandidat heißen darf, nur 3000 Stimmen. Die gesammte Bevölkerung des Wahlkreises mit Ausnahme dieser kleinen Minderheit hat sich deutlich gegen die Reaktion, gegen die Regierung, gegen die Recke-Pläne, gegen die Weltmachtssucht, gegen die agrarischen Gelüste ausgesprochen.

Das ist ein bedeutsames Zeichen der Volksstimmung!

Sozialdemokratie und preußische Landtagswahlen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" leitartikelt über die Frage der Betheiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen, welche ihr offenbar arge Kopfschmerzen bereitet. Das offiziöse Blatt ist besonders unangenehm berührt darüber, daß freisinnige Blätter sich bereit erklärt haben, den Einzug der Sozialdemokratie in den Landtag zu unterstützen. Sie warnt die Freisinnigen, dieses zu thun. Sie schwenkt zu diesem Zweck den rothen Lappen:

„Der Pakt mit Leuten, die offenkundig revolutionären Zielen zustreben, wird und muß das Gemeinwohl auf alle Fälle schädigen. Eine grundsätzliche Verschiedenheit trennt die Sozialdemokratie von allen übrigen Parteien. Keine Differenz unter den Sozialdemokraten selbst reicht auch nur annähernd an die Größe dieses prinzipiellen Gegensatzes heran. Das sollte man im Heerlager des Freisinns nicht vergessen. Wer mit der Sozialdemokratie zusammenwirkt, verletzt aufs gröblichste die Interessen des Staates und macht sich zum Schildknappen der Revolution."

Der Angstschrei zeigt, wie schmerzlich die Regierungsleute schon die Möglichkeit eines sozialdemokratischen Angriffes auf den preußischen Landtag berührt. Ihr Gruselgerede von der Revolution werden die bürgerlichen Oppositionsparteien sehr einfach mit der Frage beantworten: Ja, warum bringen denn Junkerregierung und Regierungsjunker solche unzweckmäßige Gesetzentwürfe ein, daß das gesammte Volk wie ein Mann dagegen aufstehen muß?! —

Ein frecher Geselle schreibt im „Reichsbote", der „Vorwärts", welcher zum Ausräumen des Augiasstalls der politischen Polizei 2c. auffordere, habe den eigenen Stall nicht von Normann-Schumann rein halten können. Der Schreiber vergißt, daß der „Vorwärts" auch die Normann-Schumann'schen Notizen zum Ausräumen des Augiasstalls benutzte und daß der „Vorwärts" nicht', wie der „Reichsbote", ein Anbau dieses Augiasstalls ist. —

Die Friedensverhandlungen stehen auf demselben Fleck. Ein Wiener Berichterstatter der „Köln. Ztg." erklärt, es sei unrichtig, daß England die Griechen oder Deutschland den Sultan ermuthige, Schwierigkeiten zu machen, oder daß zwischen England und Rußland wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Vielmehr sei man allerseits bestrebt, eine Ermäßigung der türkischen Forderungen herbeizuführen.

* * *

Deutsches Reich.

— **Der achte evangelisch-soziale Kongreß** ist am 9. Juni in Leipzig mit einer zahlreich besuchten Versammlung eingeleitet worden, wo u. a. die Professoren Delbrück und Wagner unter demonstrativem Beifall ziemlich energische Reden gegen die Stumm und Genossen hielten. Daß dabei Delbrück sich den Ausdruck von den „vaterlandslosen Gesellen" in Beziehung auf unsere Partei zu eigen machte, gehört ebenso zur Methode der Evangelisch-Sozialen, wie die Lobpreisung des Militarismus und der hohenzollern'schen Monarchie, womit Herr Wagner paradirte. An anderer Stelle der heutigen Nummer finden unsere Leser den Bericht über die Versammlung.

— **In der heutigen letzten Sitzung des Journalisten- und Schriftstellertages** in Leipzig referirte Hans Kastner-München über den Groben Unfugs-Paragraphen. Hierzu wurden die folgenden beiden Anträge angenommen: a) der Journalisten- und Schriftstellertag in Leipzig wolle eine motivirte Eingabe an den Reichstag und Bundesrath um zweckentsprechende authentische Interpretation des sogenannten „Groben Unfugs-Paragraphen (§ 360, Ziffer 11 Reichs-Strafgesetz-Buch) richten; b) der Journalisten- und Schriftstellertag in Leipzig wolle in den Einzelstaaten bei den Journalisten-Vereinen und bei den Redaktionen anregen, sie möchten sich an den Landtag mit der Bitte wenden, der Regierung das Eintreten für eine zweckentsprechende authentische Interpretation des „Groben Unfugs-Paragraphen" im Bundesrath nahezulegen. Ebenso wurde eine vom Dr. Fränkel-Berlin im Sinne dieser Anträge vorgeschlagene Resolution angenommen. — In der dann folgenden Delegirtenversammlung wurden in dreistündiger Sitzung wesentliche Statutenänderungen beschlossen. Zum Vorort wurde Frankfurt a. Main wiedergewählt. Im nächsten Jahre findet nur eine Delegirtenversammlung statt.

— **Dr. Peters.** Der von der Disziplinarkammer seines Amtes entsetzte und theilweise zur Tragung der Kosten verurtheilte Dr. Karl Peters hat bekanntlich Berufung eingelegt. Das gleiche Rechtsmittel hat nun aber auch, wie sich aus dem heute erfolgten Aushang an der Gerichtstafel der Disziplinarkammer im Kammergerichtsgebäude ergiebt, der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Geh. Legationsrath Hellwig ergriffen, welcher seine Berufung folgendermaßen rechtfertigt:

„Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft ist, sofern sich das gegen einen Beamten eingeleitete Disziplinarverfahren auf eine Mehrzahl von Pflichtverletzungen bezieht, im allgemeinen davon auszugehen, daß das dienstliche Verhalten des Beamten, wie es sich nach der Gesammtheit seiner Handlungen darstellt, nicht aber eine Reihe selbstständiger Dienstvergehen den Gegenstand der Anschuldigung bildet. An sich wird hiernach in der durch das Rechtsmittel des Angeschuldigten eröffneten Berufungsinstanz, auch wenn von Seite der Staatsanwaltschaft kein Rechtsmittel eingelegt wäre, die Möglichkeit gegeben sein, auf eine abweichende Entscheidung hinsichtlich derjenigen Anklagepunkte hinzuwirken, bezüglich deren die Disziplinarkammer eine Verletzung der Amtspflichten nicht angenommen hat. Im vorliegenden Falle ist jedoch die Disziplinarkammer bei ihrer Entscheidung von einer ablehnenden Auffassung geleitet worden. Die Entscheidung erklärt: „insoweit der Angeschuldigte verurtheilt ist", ihn auch für schuldig, die baaren Auslagen des Verfahrens zu erstatten. Damit ist die in den Gründen der Entscheidung näher dargelegte Auffassung ausgedrückt, daß dem Angeschuldigten eine Mehrheit von Dienstvergehen zur Last gelegt sei und daß nur im Hinblick auf einen Theil derselben die Verurtheilung erfolgt. Alsdann würde aber der Entscheidung der Disziplinarkammer bezüglich der Anklagepunkte, bei denen eine Pflichtverletzung nicht angenommen wurde, die Bedeutung einer Freisprechung zukommen. Unter diesen Umständen hat auch seitens der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt werden müssen, und es wird unter Aufrechterhaltung des gesammten Inhalts der Anschuldigungsschrift beantragt: in Abänderung des Urtheils der Disziplinarkammer dem Angeschuldigten die sämmtlichen durch das Verfahren erwachsenen baaren Auslagen aufzuerlegen."

— „**Die Wahrheit über die Anstalt Bethel** und ihre Dependenzen bei Bielefeld" heißt eine Broschüre, die Albert Korduan in der Buchhandlung der „Volkswacht" in Bielefeld herausgegeben hat und welche die Gründung des Pastor Bodelschwingh scharf kritisirt. Wie mitgetheilt wird, hat das Kollegium der Aerzte und Pastoren der Anstalt Strafantrag wegen Beleidigung gegen Verfasser und Verleger gestellt. Von anderer Seite wird dem Inhalt der Schrift Glauben geschenkt und ein Gegenstück zu dem Aachener Alexianerprozeß angekündigt. —

— **Die „Mainzer Volkszeitung"** giebt jetzt das schriftliche Urtheil bekannt, das die Strafkammer in Sachen des Nazarener-Artikels in der „Neuen Welt" gefällt hat. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den Redakteur der „Mainzer Volkszeitung" Anklage wegen Gotteslästerung erhoben. Das strafbare Delikt sollte in einer Novelle der „Neuen Welt" gefunden werden. Gegenüber diesem Versuch der Staatsanwaltschaft wendete der Redakteur mit Recht ein, daß die „Neue Welt" eine besondere Beilage sei, die ihren eigenen verantwortlichen Redakteur habe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung und heben wir aus dem prinzipiell wichtigen Urtheil folgendes hervor:

„Für die Beschuldigungen ist es nothwendige Voraussetzung, daß der Angeklagte überhaupt als verantwortlicher Redakteur für den fraglichen Artikel haftbar ist. Die großherzogliche Staatsanwaltschaft hat diese Voraussetzung als gegeben erachtet, der Angeklagte hat sie dagegen bestritten. Nach dem Aufdruck auf der „Mainzer Volkszeitung" ist für die Redaktion des politischen Theils ein Dr. Eduard David, für alles übrige der Angeklagte Valentin Liebmann verantwortlich. Angeklagter hat nun Unrecht, wenn er behauptet hat, er brauche nur für die Zeitung selbst, nicht aber deren Beilagen einzustehen. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß der Redakteur einer Zeitung für diejenigen Beilagen, welche keinen selbständigen Charakter haben, sondern einen integrirenden Bestandtheil der Zeitung bilden, ebenso verantwortlich ist wie für das Hauptblatt, ohne daß sein Name nochmals auf den Beilagen genannt wird.

Weiter ist auch anzuerkennen, daß die gleichzeitige und gemeinsame Ausgabe der „Neuen Welt" mit der „Volkszeitung" an dieselben Leser die erstere nur als Beilage der letzteren erscheinen läßt. Es würde also danach der Redakteur für den nicht politischen Theil für den inkriminirten nicht politischen Artikel der Beilage mitzuhaften haben. Allein diese Verantwortlichkeit wird im Fragefalle dadurch ausgeschlossen, daß auf der „Neuen Welt" ein besonderer verantwortlicher Redakteur, ein gewisser Edgar Steiger in Leipzig, angegeben ist.

Nach § 7 des Reichsgesetzes vom 7. Mai 1874 über die Presse ist es zulässig, daß mehrere Personen als verantwortliche Redakteure, nämlich für die einzelnen Theile des Blattes verschiedene Personen benannt werden. Es kann dem auch nicht gegenüber gehalten werden, daß sich diese Vorschrift nur auf selbständige Druckschriften und nicht auf Beilagen beziehe. Solche Beilagen, welche einen wesentlichen Bestandtheil eines anderen Blattes bilden, bedürfen zwar infolge dessen der besonderen Benennung eines verantwortlichen Redakteurs nicht. Allein, daß sie auch keinen besonderen Redakteur haben können, ist aus dem Gesetze nicht zu folgern. Das Reichsgericht hat dies in seinem Urtheil vom 13. Dezember 1895, Entsch. Bd. 28, Seite 72 folgende, ausdrücklich anerkannt, seine beiden früheren schon zitirten Urtheile stehen damit wohl nicht in Widerspruch, eventuell würde der neuen Rechtsprechung jedenfalls beizutreten sein.

War es also zulässig, daß für die Beilage Steiger als Redakteur angegeben werde, so ist auch nur dieser als verantwortlich für die Beilage anzusehen. Dieser Steiger ist auch, wie die Hauptverhandlung ergeben hat, wegen des fraglichen Artikels aus § 166 St.-G.-B. bestraft worden. Der Angeklagte haftet somit für dieselbe nicht."

— **Kriegervereinliche Sozialistenbekämpfung.** Bei einem Kriegerfest des Nord-Hannoverschen Bezirks des deutschen Kriegerbundes in Lüchow wurde auch eine große Festrede gehalten, die wieder zeigt, weß „Geistes" Kinder diese Leute sind. Im Lüchower amtlichen Kreisblatt, das, wie der „Volkswille" in Hannover mittheilt, unter der Devise erscheint: „Habt die Brüder lieb!" findet sich dieser Erguß kriegervereinlicher Bruderliebe vereinigt; einige besonders liebliche Stellen seien daraus zitirt:

„Auch in Friedenszeiten drohen Kaiser und Reich ernste Gefahren, zu deren Abwehr die Kriegervereine berufen erscheinen. Groß ist die Zahl der inneren Feinde, deren offene und versteckte Wirksamkeit die Existenz von Thron und Vaterland gefährden. Diese Feinde gilt es zu bekämpfen! Zwar verbieten die Satzungen den Kriegervereinen, sich mit Politik zu befassen. Und gewiß verdanken sie nicht zum wenigsten diesem Verbot ihr wunderbares Anwachsen.

Aber jeden von treuer Liebe zu Kaiser und Reich durchglühten Krieger muß die Bethätigung gerade dieser Gesinnung von selbst dazu führen, Stellung zu nehmen gegen beide Feinde, vornehmlich aber gegen jene finsteren Elemente, welche darauf hinarbeiten, unsere Gesellschaftsordnung, Thron und Altar einzustürzen und an deren Stelle zu setzen die Herrschaft der Massen, — ein Staatengebilde so nebelhaft, daß über dessen Wesen selbst die Führer jener Elemente ein Bild zu geben nicht vermögen.

Zudem hat unser allerhöchster Kriegsherr Kaiser Wilhelm II. selbst die Kriegervereine aufgerufen zum Kampfe gegen diese finsteren Mächte. Dieser Kampf macht es nöthig, daß die Kriegervereine nicht nur sich selbst gegen solche Bestrebungen verschließen, Einflüsse dieser Art von ihren Mitgliedern fernhalten, jedes Mitglied ausschließen, das solchen mit der gelobten Treue und Liebe zu Kaiser und Reich unvereinbaren Tendenzen huldigt: Sondern es folgt hieraus auch für jeden Krieger die weitere Aufgabe, offen seine Gegnerschaft gegen die Bestrebungen der sozialen Demokratie zu bekennen, furchtlos ihren Agitationen entgegenzutreten, nie einem ihrer Erkorenen seine Stimme zu geben.

Jene Elemente, welche in der gefährlichsten Weise die staatlichen Ideale des Krieges bedrohen, die Fundamente des Thrones und Vaterlandes unterwühlen, betrachte der Krieger als seine eigenen Feinde, er suche ihre Macht zu brechen durch Wort, Rath und That. Was der Krieger zu ihrer Unterdrückung und Bekämpfung leistet, das frommt seinen von ihnen bedrohten Idealen.

Befolgen die Kriegervereine in solcher Weise den Ruf ihres Kriegsherrn, dann werden sie in ihrer Geschlossenheit ein festes Bollwerk werden für Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland gegen jene dies alles bedrohenden Mächte ... Darum stehet fest zusammen, Ihr Krieger, Schulter an Schulter, bietet Eure Stirn dem inneren Feinde!"

Mit diesen Leuten zu diskutiren lohnt natürlich nicht. Herr, vergieb ihnen, sie wissen nicht, was sie thun! —

— **Ein Vereinstag ländlicher Genossenschaften** Raiffeisen'scher Organisation tagt heute in Berlin. Er ist aus allen Theilen Deutschlands zahlreich beschickt, und es sind sämmtliche Verbände mit 2700 Genossenschaften vertreten.

— **Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Ein Streit um des Kaisers Kinder hat dem Maurer Wilhelm Borke aus Pankow eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung eingetragen, die heute vor der zweiten Strafkammer am Berliner Landgericht II verhandelt wurde. Borke arbeitete während des Winters in Neu-Weißensee und befand sich eines Tages mit mehreren seiner Arbeitskollegen in einem Schanklokale. Gelegentlich kam das Gespräch auch auf den Kaiser und seine zahlreiche Familie und hierbei soll der Angeklagte eine Aeußerung gethan haben, in welcher eine Majestätsbeleidigung gefunden wurde. Der Angeklagte schützte sinnlose Trunkenheit vor, die Zeugen behaupteten aber, daß er nur angetrunken gewesen sei. Immerhin ließ es der Gerichtshof mit der niedrigsten Strafe von zwei Monaten Gefängniß sein Bewenden haben.

Schweiz.

Bern, 10. Juni. Die Vorlage betreffend den Rückkauf der Eisenbahnen ist im Ständerath endgiltig auf die Tagesordnung für nächsten Dienstag gesetzt worden.

In dem Nationalrath begründete Baldinger (Aargau) seinen Antrag, einen Ausstand der Bahnbeamten, wie er bei der Nordost-Bahn vorgekommen, durch Erlaß gesetzlicher Vorschrift künftig zu vermeiden. Zemp erklärte, das einzige Mittel wäre die Einsetzung eines unparteiischen Schiedsgerichts zur Erledigung solcher Streitfragen. Baldinger hielt an seinem Antrage fest. Derselbe wurde aber mit 59 gegen 44 Stimmen verworfen. —

Holland.

Die Kammerwahlen werden am 15. d. M. stattfinden. Jede Vorhersage über den Ausfall der Wahl ist unmöglich, da sich auch nicht annähernd berechnen läßt, wie die ½ Million neuer Wähler abstimmen wird. Gegenwärtig zählt, wie der „Vossischen Zeitung" geschrieben wird, die zweite Kammer der niederländischen Generalstaaten 60 Liberale verschiedener Schattirungen einschließlich der Radikalen und 40 konservative Katholiken und Protestanten. Noch vor Festsetzung des Wahltermins ist ein Uebereinkommen zwischen der katholischen Partei des Abbé Scharpman und der protestantischen Fraktion des Abgeordneten Dr. Kuyper abgeschlossen worden, wonach die Anhänger beider Parteien für eine gemeinsame Kandidatenliste stimmen sollen. Sie haben sich über die Schulfrage in reaktionärem Sinne, über den Kampf gegen den Freihandel, gegen die allgemeine Wehrpflicht geeinigt, und da die Liberalen in sich selbst gespalten sind, ist es gar nicht ausgeschlossen, daß die vereinigten Orthodoxen große Erfolge erringen. In den Wahlkampf sind sie mit aller Macht eingetreten, sie wollen durch die Wahlen das Ministerium zu Falle bringen. Bis zu welcher Höhe der Kampf bereits gestiegen ist, geht daraus hervor, daß zwei aktive Minister, der des Innern, van Houten, und der Justiz, van der Kaay, mit allen bisherigen Ueberlieferungen des holländischen Parlamentarismus brechend, in die Arena des Parteikampfes hinabgestiegen sind und persönlich in Versammlungen das Wort ergriffen. Innerhalb der liberalen Partei bestehen starke Zerwürfnisse zwischen den fortschrittlichen und gemäßigten Elementen.

Den Vortheil hiervon werden die Ultramontanen haben, die jetzt schon von der Besitzergreifung der Regierung als von einer sich von selbst verstehenden Sache reden.

Ueber das erstmalige Eingreifen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den Wahlkampf brachten wir neulich bereits eine Originalkorrespondenz, welche heute durch folgenden Bericht ergänzt wird:

Amsterdam, 8. Juni. (Eig. Ber.) Einige Beispiele der Schwierigkeiten, unter welchen der erste Wahlkampf vom holländischen Proletariat geführt werden muß, mögen hier vorgeführt werden.

Im dunklen Süden des Landes, in den Provinzen Brabant und Limburg, welche unter der unbeschränkten Herrschaft des Klerikalismus niederliegen, ist nur ein rother Punkt anzutreffen, das industrielle Mastricht. Hier nun setzt die ganze Wuth der Klerisei, der ultramontanen Behörde und der übermächtigen Fabrikantenfamilie Regout (eine ganze Dynastie Stumm) auf die Sozialdemokratie ein, welche unter diesen Verhältnissen eine Reihe fast unüberwindlicher Hindernisse bei seite zu schaffen hat.

Der Wahlakt ist aber ein geheimer. Im einsamen Wahlkomptoir kann weder der Geistliche, noch Polizei, noch „Brotherr" den Bleistift des Wählers lenken. Es soll also auf anderem Wege dem Siege der Arbeiterpartei vorgebeugt werden. Erstens hat nun der Bürgermeister nicht weniger als 1100 wahlberechtigte Arbeiter ihres Wahlrechts beraubt auf grund eines zweideutigen Artikels des Gesetzes. Die Gesammtzahl der Wähler des Kreises beträgt nahezu 4000, während zum mindesten 800 der 1100 Entrechteten für den Sozialdemokraten gestimmt hätten, dessen Sieg jetzt wohl ausgeschlossen ist. Damit aber nicht zufrieden, hat der Biedermann die Unterzeichner der offiziellen sozialdemokratischen Kandidatur vorladen lassen und ihnen mit freundlichster Miene gesagt, sie hätten vielleicht in Uebereilung oder Unwissenheit den gefährlichen Bliegen, den Mordbrenner, kandidirt. Glücklicherweise ist der Streich jedoch mißlungen und voraussichtlich wird unser Genosse in Mastricht noch eine stattliche Stimmenzahl bekommen.

Während in dieser Weise das politisch sich organisirende Proletariat in schwerem Kampfe begriffen ist, kommen der Bourgeoisie von ganz anderer Seite freudig begrüßte Hilfstruppen bei und fallen uns in den Rücken. Es sind dies die Anarchisten oder „revolutionären Sozialisten", wie sie sich komischerweise nennen. Am ersten Pfingsttage haben sie in Amsterdam ihr sauberes Spiel wieder gespielt und eine von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einberufene Versammlung, in der die in Amsterdam aufgestellten Kandidaten auftraten, gestört.

Der berühmte Herr Cornelissen und ein gewisser van Emmenes waren die Häuptlinge der Radaumacher, welche, obendrein nicht mehr als 50 Mann stark, so lange einen Höllenspektakel machten, bis die Polizei die willkommene Gelegenheit ergriff, um die Versammlung aufzulösen. Vorher aber hatte van der Goes sie unter donnerndem Beifall gebrandmarkt als die freiwilligen Handlanger der Bourgeoisie. —

Frankreich.

Paris, 10. Juni. In Deputirtenkreisen verlautet, die Radikalen würden bei der heutigen Berathung über die Erneuerung des Privilegiums der Bank von Frankreich entschieden verlangen, daß der Finanzminister Mittheilung betreffend die Bürgschaften mache, durch welche die Regierung im Falle eines Krieges den Beistand der Bank von Frankreich sicher zu stellen gedenkt.

Paris, 10. Juni. (Voss. Ztg.) Die Sozialisten kündigen an, daß sie heute bei Beginn der Kammersitzung die Ausstoßung Gérault-Richards zur Sprache bringen und eine Aenderung der Kammer-Geschäftsordnung beantragen werden. Jaurès wird als Redner und Antragsteller bezeichnet.

Italien.

— **Rom**, 10. Juni. Die Opposition beabsichtigt bei der heutigen Berathung des Haushalts des Innern scharf gegen Rudini vorzugehen, dessen kürzliche reaktionäre Erklärung zu gunsten der Polizeiwillkür, schweres Aergerniß erregte. Die Giolittianer, Zanardellianer und Cavallottianer scheinen gesonnen, diese Gelegenheit zu dem längst geplanten Abfalle von der Regierung zu benutzen. —

Afrika.

— Aus Kairo wird dem Pariser „Matin“ gemeldet, dort verlaute gerüchtweise, daß zwei englische Offiziere nach dem italienischen Hafenplatz Raheita am Rothen Meere abgegangen seien, und daß Italien beabsichtige, Raheita an England zu verkaufen. —

Amerika.

— New-York, 10. Juni. Einer Meldung aus Havanah zufolge sollen die Insurgenten zwölf Meilen von Havanah entfernt einen Passagierzug mittels Dynamits in die Luft gesprengt haben. Dabei sollen mehr als hundert Insassen des Zuges, meistens Soldaten, getödtet oder verwundet worden sein.

Von einer „Beruhigung“ der Insel ist also noch längst nicht die Rede. —

In eigener Sache. Zu der in der gestrigen Protestversammlung „der Maler und Vergolder“ vom Genossen Ledebour beantragten und von der Versammlung angenommenen Resolution haben wir zu bemerken, daß in dem fraglichen Artikel des „Vorwärts“ der in der Resolution erwähnte Passus der Rede Krause's allerdings nicht besonders berücksichtigt worden ist. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß die Lage damals sich ganz anders darstellte, als dies heute der Fall ist. Damals erschien die Gefahr eines preußischen Sozialistengesetzes, die jetzt noch immer nicht vollständig beseitigt ist, in brennendster Nähe, und gegenüber dieser unmittelbar drohenden Vernichtung des Vereinsrechtes für die Sozialdemokratie trat der nationalliberale Angriff auf das Vereinsrecht der Minderjährigen in den Hintergrund. Der fragliche Artikel gab der Stimmung in weiten Parteikreisen Ausdruck, die dahin ging, daß es nicht rathsam sei, die Spitze des Angriffs gegen die nationalliberale Partei zu richten in dem Moment, wo dieselbe das preußische Sozialistengesetz entschieden bekämpfte.

Daß heute die Situation eine andere ist, wird auch Genosse Ledebour nicht leugnen können, ebensowenig wie er wird leugnen können, daß der „Vorwärts“ den Minderjährigen-Paragraph und die Handlanger-Arbeit, welche die nationalliberale Partei dabei geleistet, der denkbar schärfsten Kritik unterworfen hat.

Im Laufe der Debatte über die Resolution sind seitens des Genossen Ledebour gegen Redakteure des „Vorwärts“ persönliche Bemerkungen gefallen, die wir aber nicht berühren, weil es uns nicht angemessen erscheint, das rein sachliche Gebiet zu verlassen. —

Sechster österreichischer sozialdemokratischer Parteitag in Wien.

Wien, den 9. Juni 1897.

Vierter Verhandlungstag.

Den Vorsitz führt heute Hudetz (Polen). Ein kroatischer Delegirter schildert in beweglichen Worten Gewaltthätigkeiten der Behörden gegen die kroatischen Sozialdemokraten. Auf Antrag des Dr. Ellenbogen beschließt der Parteitag, den kroatischen Genossen die Sympathie auszusprechen und für dieselben aus dem Unterstützungsfonds 150 Gulden auszuwerfen.

Der Kongreß tritt hierauf in die Tagesordnung ein. Das Referat zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Partei-Organisation“ hatte Dr. Adler-Wien übernommen. Seine Ausführungen gipfeln in dem Satze: So schlecht auch die Badeni'sche Wahlreform und die damit verbundene Wahlkreis-Eintheilung ist, die Partei-Organisation muß sich nach ihr richten. Der Partei wird es viel leichter werden, sich der Wahlkreis-Eintheilung anzupassen, als die Badeni'sche Wahlreform zu ändern. Aus der bisherigen Landes- und Kreisorganisation muß also eine Wahlkreisorganisation geschaffen werden. Nur in Böhmen wird wegen der Zerrissenheit der einzelnen Wahlkreise die Wahlkreisorganisation Schwierigkeiten machen. Es sollen da Gebiets- oder Landesorganisationen an die Stelle der Wahlkreisorganisationen treten können. Redner tritt dann für vollständige Trennung der politischen von den Fachorganisationen ein. Der politische Kongreß dürfe nicht über die Fachorganisationen Beschlüsse fassen, die den Behörden zu Mißdeutungen Anlaß geben könnten. Das in Prag im vorigen Jahre eingesetzte Gesammt-Exekutivkomitee, in dem alle Nationen vertreten sind, hat sich während der Wahlbewegung ausgezeichnet bewährt. Die czechischen Genossen wünschen jetzt noch einen Schritt weiter zu gehen und verlangen die Einberufung von Reichs-Parteitagen. Die Reichs-Parteitage sind ja nichts neues, der diesmalige Parteitag ist ja auch ein Reichs-Parteitag. Was aber die czechischen Parteigenossen wünschen ist, daß die Gesammt-Parteitage nicht mit Fragen der einzelnen Landesorganisationen belastet werden. Darin haben sie Recht und wir haben ihren Wünschen Rechnung getragen und schlagen Ihnen die Einberufung von Gesammt-Parteitagen alle zwei Jahre vor. Auf diesen Parteitagen sollen nur Fragen behandelt werden, die die Gesammtpartei angehen. Jeder Wahlkreis soll das Recht haben, zwei Delegirte zu schicken. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Wir hoffen, der Parteitag wird unseren Vorschlägen zustimmen.

Nachdem Dr. Adler geendet, giebt der Hospitant der Partei, der radikale Jungruthene Reichsraths-Abgeordneter Dr. Jaroslewicz, namens der Parteileitung der ruthenischen Radikalen folgende Erklärung ab: Wir stehen auf dem Boden des Programms der sozialdemokratischen Partei. Die Organisation der radikalen Ruthenen ist derzeit eine selbständige, unser Agitationsgebiet die ruthenische Bauernschaft, deren besondere Verhältnisse eine besondere Taktik nothwendig machen. Darum wollen wir die Selbständigkeit der Partei aufrecht erhalten, wünschen aber mit der sozialdemokratischen Partei in engste Fühlung zu treten und werden immer bereit sein, in einzelnen praktischen Fällen mit ihr gemeinsam vorzugehen, mit ihrer Parteivertretung uns ins Einvernehmen zu setzen und den an uns gerichteten Wünschen zu entsprechen. (Bravo!)

Dazu bemerkt Genosse Daszynski: Die eigenthümlichen Verhältnisse der ruthenischen Bauernschaft bedingen eine derartige Stellung der ruthenisch-radikalen Partei. Der Schritt, den diese jetzt unternahm, ist ein Schritt nach vorwärts und giebt die Richtung an, in der sich diese Partei fortan weiterbewegen muß und wird. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß sich die ruthenischen Radikalen so stark fühlen, daß sie alle dem kleinlichen nationalen Gezänk ebenso energisch entgegentreten wie wir. Dazu hat auch unsere jetzige Stellung gegenüber dem Internationalismus viel beigetragen. Erlauben Sie mir, daß ich die aufrichtigste Freude darüber ausdrücke und die ruthenischen Radikalen zu ihrem Schritte beglückwünsche. (Beifall.)

Hybesch-Brünn beleuchtet die Schwierigkeiten der vielsprachigen Parteitage. Solche Parteitage dürften nicht überlastet werden. Er stimme deshalb dem Vorschlage der Partei-Vertretung zu.

Sonkup-Prag (Czeche) ist ebenfalls für die föderalistische Organisation, ein vielsprachiges Land komme mit der zentralistischen Organisation nicht aus. Die Organisation sei thatsächlich heute schon föderalistisch und es gelte heute nur, dem faktischen Zustande die Sanktion zu geben. Die Czechen freuen sich der Lösung der Nationalitätenfrage durch die sozialdemokratische Partei Oesterreichs.

In der weiteren Diskussion wünscht ein istrischer (italienischer) Delegirter die Errichtung eines italienischen Arbeitersekretariats, damit die sozialdemokratische Bewegung in Istrien mehr in Fluß komme.

Der Czeche Rauschar betont, daß die Wünsche der Czechen auf Sonderorganisation nicht etwa nationalem Chauvinismus, sondern nur praktischen Bedürfnissen entsprungen seien. Lebhaftem Widerspruch begegnet ein Antrag des Bergarbeiters Simon Stark-Falkenau: „Es sind in jeder Organisation, als Fachvereinen, Bildungs- und Gewerkvereinen, die Kassirer zu beauftragen, außer den gewöhnlichen Monatsbeiträgen 1 Kreuzer Parteisteuer einzukassiren, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und mit dem Lokalorganisations-Kassirer monatlich abzurechnen.“ Von den verschiedensten Rednern wird darauf hingewiesen, daß eine völlige Trennung der Parteiorganisation und Gewerkschaftsorganisation stattzufinden habe, wenn man nicht beide Organisationen gefährden wolle. Dagegen findet in der Diskussion vielen Beifall ein Zusatz, den Hybesch-Brünn zu den in dem Adler'schen Referat erwähnten Vorschlägen der Partei-Vertretung beantragt, und der folgenden Wortlaut hat: Die parlamentarische Taktik wird in der Zwischenzeit von einem Parteitag zum andern durch den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten Oesterreichs im Einvernehmen mit den Exekutivausschüssen aller nationalen Organisationen bestimmt.

Gegen 6 Uhr bricht der Parteitag die Diskussion ab, da für den Abend ein Ausflug nach der Türkenschanze in Aussicht genommen ist; die Verhandlung wird Donnerstag früh fortgesetzt.

Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Zweiter Verhandlungstag.
Vormittags-Sitzung.

London, den 8. Juni 1897.

Die belgischen Delegirten Cavrot, Callewaert und Defuisseaux sind eingetroffen. Die Verhandlungen leitet Sachsse-Zwickau. Als Uebersetzer fungiren Frau Marx-Aveling und Mr. Smith.

Erster Gegenstand der Berathung ist der Achtstundentag. Folgende Resolutionen liegen vor:

Die Miners-Federation beantragt: „Der Kongreß erstrebt, einen gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag zu erringen, Einfahrt und Ausfahrt einbegriffen.“

Die Resolution der deutschen und französischen Delegirten lautet: „Der Kongreß beschließt für alle Bergarbeiter ohne Unterschied, ob dieselben über oder unter der Oberfläche arbeiten, einen gesetzlichen Arbeitstag von nicht mehr als 8 Stunden zu erringen, Einfahrt und Ausfahrt einbegriffen.“

Die englische Resolution begründet kurz Mr. Coroley. Leider seien die englischen Bergarbeiter in dieser wichtigen Frage noch immer nicht einig. Die Mitglieder der Miners Federation seien aber entschlossen, alles an die Erringung des gesetzlichen Achtstundentages zu setzen. Als vor einem Monat das englische Parlament den gesetzlichen Achtstundentag für Bergarbeiter ablehnte, habe das niemand in Erstaunen versetzt, denn von der jetzigen reaktionären Regierung war keine Sympathie für die Arbeiter zu erwarten. Deshalb werde die wichtige Prinzipienfrage doch nicht von der Tagesordnung verschwinden. Wenn die älteren Leute hier den gesetzlichen Achtstundentag vielleicht nicht mehr erleben sollten, so die jüngeren, die mit neuer Kraft in den Kampf träten. Nur durch die Gesetzgebung könne der Vortheil der Achtstundenarbeit allen Bergarbeitern Englands gewährleistet werden. (Lebhafter Beifall.)

Für die deutsche und französische Resolution tritt Möller-Weimar ein: Unser Antrag geht weiter als der englische, denn er verlangt auch für die Arbeiter über Tage den Achtstundentag. Die Belgier theilen diesen Standpunkt. Die Arbeiter über Tage müssen einbezogen werden, weil an Ort und Stelle kein böses Beispiel längerer Arbeitszeit gegeben werden darf, das gute Sitten verderben würde. Wollte man einwerfen, daß die Arbeit über Tage leichter sei, so ist zu erwidern, daß sie auch von Personen mit geringerer Arbeitsfähigkeit geleistet wird. Es sind Berginvaliden und jüngere Leute, die auch einen geringeren Lohn erhalten. So gleicht sich der Unterschied völlig aus. Redner richtet besonders an die Engländer die Bitte, für die weitergehende Resolution zu stimmen. Ueber den gesetzlichen Achtstundentag im allgemeinen brauchen wir nicht lange zu reden. Die große Mehrzahl der Delegirten ist einig in dieser Forderung. Deshalb ist es auch überflüssig, die Gründe hierfür zu wiederholen. Nur auf einen Gesichtspunkt sei hingewiesen. Verlangen wir nicht mit aller Kraft den Achtstundentag, so sind die Unternehmer um so mehr geneigt, die Arbeitszeit zu verlängern. Stillstand ist auch hier Rückschritt. (Lebhafter Beifall.)

Sachsse-Zwickau bittet die englischen Delegirten, ihre Resolution zu gunsten der deutschen und französischen zurückzuziehen.

Der französische Delegirte Lamendin schließt sich den Ausführungen Möller's an. Die französischen Minenarbeiter sind stets für den gesetzlichen Achtstundentag eingetreten. Als aber der erste französische Bergarbeiter-Kongreß nur für die Arbeiter unter Tage diese Forderung erhob, entstand in den Kohlenrevieren große Mißstimmung. Deputationen der Arbeiter über Tage suchten die Delegirten auf und verlangten ihre Einbeziehung in die Forderung. Das geschah auf dem zweiten Nationalkongreß. Es ist nicht blos eine Forderung der Gerechtigkeit sondern auch der Humanität, den Invaliden und Kindern, die über Tage arbeiten, den Schutz des gesetzlichen Achtstundentages zu verschaffen (Beifall)

Der belgische Delegirte Defuisseaux weist auf die reaktionären Vorwürfe hin, die im belgischen Abgeordnetenhause gegen die 29 sozialdemokratischen Abgeordneten erhoben würden; hauptsächlich heiße es: die Sozialisten wollten die Familie zerstören. Thatsächlich zerstöre aber die kapitalistische Gesellschaft die Familie des Proletariers. Gerade um die Familie zu schützen, verlangten die Sozialisten den Achtstundentag.

In der Debatte zeigt Lamendin an der Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung, daß auch in Frankreich das seit 1884 erst bestehende Koalitionsrecht in vieler Hinsicht nur auf dem Papier gilt. Zwar wagt man nicht, die Gewerkschaften direkt zu verbieten, aber man maßregelt ihre Mitglieder, zumal die Führer. Auch „schwarze Listen“ sind eine bekannte Einrichtung. 1889 errangen die Bergarbeiter durch einen viertägigen Streik, der 40 000 Arbeiter umfaßte, bessere Arbeitsbedingungen, aber die Errungenschaften waren nicht von Dauer. Ebenso verliefen die Streiks im Jahre 1891 und 1893. Der letzte Streik führte zur Maßregelung von 457 Arbeitern, darunter auch Lamendin's, trotz seines Abgeordnetenmandats. Das ist die Freiheit der Republik für die Arbeiter! Die französischen Bergarbeiter haben hieraus die Lehre gezogen, daß der Achtstundentag auf politischem Wege errungen werden muß. (Beifall.)

Cavrot-Belgien: Die Arbeiter müssen die politische Macht erobern: das ist der einzige Weg, um die Herrschaft des Kapitals zu brechen. Schon jetzt ist es den belgischen Sozialdemokraten gelungen, einige Arbeiterschutz-Gesetze im belgischen Parlament durchzusetzen, wenn auch nicht ganz so, wie sie von ihnen beantragt waren. Was von Frankreich, was von Deutschland gesagt worden ist, gilt auch für Belgien. Auch dort sind der Organisation viele Steine in den Weg geworfen. So ist jede Mitgliedschaft einer Gewerkschaft gesetzlich verpflichtet, bis zu 25 pCt. Mitglieder, die nicht Arbeiter sind, zuzulassen. Die Bestimmung ist geschaffen, um den Kapitalisten und Pfaffen die Einmischung in die eigentlichen Angelegenheiten der Arbeiter möglichst bequem zu machen. Redner bittet um einstimmige Annahme der deutschen und französischen Resolution.

Hoppir (Durham) bedauert namens der Miners National Union, die in Durham und Northumberland (Nordengland) ihre Mitglieder hat, den gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag bekämpfen zu müssen. Im Norden Englands wird nur 6½—7 Stunden gearbeitet. An demselben Tage, wo der gesetzliche Achtstundentag eingeführt wird, zwingen auch uns die Unternehmer den Achtstundentag auf und unsere Organisation kann es nicht verhindern. Wir sind deshalb gegen die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit. (Lebhafter Widerspruch der Mehrzahl der englischen Delegirten. Rufe: Wie steht's mit Euren Jungen?) Es ist falsch, zu behaupten, daß die jugendlichen Arbeiter im Norden schlechter gestellt sind, als im Süden. Im Süden müssen sie Männerarbeit verrichten (Lebhafter Widerspruch), im Norden arbeiten sie zwar länger, aber sie haben nur Kinderarbeit zu verrichten. (Lebhafter Widerspruch.) Um dem alten Streit darüber ein Ende zu machen, schlägt Redner dem Kongreß die Wahl eines Komitee's vor, das die Lage der jugendlichen Arbeiter in den nördlichen und südlichen Kohlenrevieren Englands untersuchen soll. — Wir lassen uns den Achtstundentag nicht aufzwingen. 1894 stand das Parlament dem Achtstundentag für Bergarbeiter gar nicht unsympathisch gegenüber. Das Gesetz wäre auch angenommen worden, wenn die lebhaften Anhänger des gesetzlichen Achtstundentages nicht widersprochen hätten. Es enthielt nämlich die Bestimmung, daß jedes Revier freie Hand haben sollte, durch Abstimmung zu entscheiden, ob der gesetzliche Achtstundentag eingeführt werden solle oder nicht, und diese Bestimmung gefiel den Freunden einer allgemeinen Durchführung des Achtstundentages nicht. Auch die Bergarbeiter im Norden Englands fühlen diese Sympathie für die Leiden ihrer Kameraden auf dem Kontinent, sie rathen ihnen aber, sich auf ihre eigene Kraft, auf die Kraft der Organisation zu verlassen, wie es Männern geziemt, statt sich ans Parlament, die alte Großmutter, zu wenden. (Heiterkeit und Widerspruch.)

Die Mittagspause tritt ein.

In der Nachmittags-Sitzung erwidert Waitefield von der Miners Federation auf die Rede des Durhamer Kameraden. Es thut uns leid, daß die Frage wieder einen internationalen Kongreß beschäftigt. Die Streitfrage ist genug erörtert worden, wir stehen auf der Seite der kontinentalen Kameraden und wenn wir dennoch erwidern, so geschieht es nur mit Rücksicht auf die Oeffentlichkeit. Es ist nicht einmal richtig, daß die Mehrheit der Durhamer Bergarbeiter gegen den gesetzlichen Achtstundentag ist. Bei einer Urabstimmung über das Zusammengehen mit der Miners Federation sprachen sich 29 000 dafür und nur 12 000 dagegen aus, obwohl der gesetzliche Achtstundentag als Hauptziel der Federation bezeichnet war. (Widerspruch der Durhamer.) Nicht die Massen, nur noch die Führer sind gegen diese Forderung. Redner hat 30 Jahre lang selber in den Durhamer Bergwerken gearbeitet: er kennt also die Verhältnisse. Die Lage der jugendlichen Arbeiter im Norden ist traurig. Mit 8½ Jahren war ich selber schon in der Grube. 1859 hatten wir noch kein Gesetz, das die Beschäftigung so junger Kinder verbot. Aber noch jetzt müssen die Kinder 5, 6 Stunden länger arbeiten als die Väter. Wenn die Kinder aus der Grube kommen, schläft der Vater schon. Die Organisation der Durhamer und Northumberländer Bergarbeiter ist stark genug, um eine Arbeitszeit von 6½—7 Stunden für die Männer auch nach Einführung des gesetzlichen Achtstundentages aufrecht zu erhalten. Sollte es aber wider Erwarten nicht gelingen, dann ist der Preis, daß die Erwachsenen 1½ oder 1 Stunde länger arbeiten, nicht zu hoch für die Befreiung der Kinder von 5 oder 6 Stunden Mehrarbeit. (Lebhafter Beifall.) Wenn es Männern nicht geziemt, sich ans Parlament zu wenden, wenn hierin Demoralisation erblickt wird, warum schicken dann die Bergarbeiterdistrikte des Nordens die Fenwick, Wilson u. s. w. ins Parlament? Nur um Diäten an sie zu zahlen, oder etwa um sie zu demoralisiren? Nein, auch die Bergarbeiter des Nordens erwarten vom Parlament Nutzen. (Lebhafter Beifall.)

Auf eine weitere Debatte wird allseitig verzichtet und zur Abstimmung über die Resolutionen geschritten.

Die Resolution der Miners Federation wird mit allen Stimmen gegen die der 12 Delegirten der National-Union angenommen; dafür stimmen auch die Delegirten der deutschen, belgischen und französischen Grubenarbeiter.

Mit derselben Mehrheit wird die Resolution der Deutschen und Franzosen (Einschluß der Arbeiter über Tage) angenommen. (Beifall.) Dagegen stimmen nur die Durhamer.

Zweiter Punkt der Tagesordnung ist die Haftpflicht der Unternehmer bei Unfällen.

Die Miners Federation beantragt folgende Resolution: „Die Unternehmer sind für alle Unglücksfälle verantwortlich zu machen, die den Arbeiter während der Arbeit treffen. In diesem Sinne müssen Gesetze für die Bergindustrie geschaffen werden. Dabei ist jedes Gesetz zu verwerfen, das den Unternehmern gestattet, sich ihrer Haftpflicht durch private Vereinbarungen mit ihren Arbeitern zu entziehen.“

Haslam (Derbyshire) tritt für diese Resolution ein. Das bestehende Gesetz ist ganz unzulänglich; es läßt Privatabmachungen zu und schließt alle Unfälle von der Entschädigung aus, die der Arbeiter selber verschuldet haben soll. Das letztere werde natürlich immer behauptet. Die jetzige Regierung, reaktionär und fortschrittlich zugleich, habe übrigens ein Gesetz eingebracht, das fast alle Wünsche der Arbeiter berücksichtigt. Zweifelhaft sei nur, ob das Oberhaus es nicht wieder verwerfen werde. Man nenne die Regierungen kapitalistisch. Wenn das leider zur Zeit auch noch für England richtig sei, so trügen die Arbeiter selber Schuld daran. Warum wählten sie nicht ihre Klassengenossen? Dann würde es bald besser sein. In der Haftpflichtfrage seien die Bergarbeiter aller Länder vollkommen einig.

In demselben Sinne spricht sich Boyle, der Vorsitzende der Union der Northumberländer Bergleute, aus.

Lamendin und Calvignac (Frankreich) empfehlen die englische Resolution.

Marville (Belgien) giebt Daten über die Zahl der Unfälle in belgischen Kohlengruben; die Angaben werden morgen gedruckt vorgelegt werden.

Die weitere Berathung wird auf morgen vertagt.

Als Tagespräsident für morgen wird Lamendin (Frankreich) bestimmt. Schluß gegen 5 Uhr.

Am Mittwoch Abend geben die englischen Delegirten ihren Kameraden vom Festlande ein Bankett im Holborn-Restaurant.

Der achte evangelisch-soziale Kongreß

ist am 9. Juni im Krystallpalast zu Leipzig mit einer Versammlung eröffnet worden, an der sich 10—1200 Personen betheiligten. In seiner Begrüßungsrede bemerkte Dr. Hans Vogt unter Beifallsrufen, der Kongreß beweise, daß er sich unabhängig fühle von der Gunst der Mächtigen, und er möge zeigen, daß er gegenüber den gegenwärtigen Windströmungen festgefügt dastehe. Wir sind freie Männer und haben den Muth unserer Meinung. Wir werden unseren Freund Naumann nicht fallen lassen. Wir können uns nicht mit den sozialen Zuständen in unserem Vaterland beruhigen, sondern müssen an den Reformbestrebungen festhalten, aber wir wollen uns aufs engste anschließen an die bestehenden Staatsordnungen, „an das heiligste Institut, um das wir uns schaaren können: das monarchische.“

Fräulein Dr. phil. Käthe Windscheidt, Leiterin des Leipziger Frauen-Gymnasiums, hieß dann die evangelisch-soziale Frauengruppe willkommen. Diese beweise, daß die Frauen von dem heißen Wunsche beseelt seien, an ihrem Theile mitzuarbeiten an den sozialen Aufgaben der Zeit. Die heutige Frau sei aus der Zeit des Puppenheims hinaus und in das große geistige und geschäftliche Leben eingetreten. In tausenden von Frauenherzen erklinge der Ruf: Hinaus aus der Geistesknechtschaft!

Prof. Dr. Hans Delbrück (Berlin) führte aus: Wir wollen den Frieden, aber auch der Friede muß erobert werden durch Kampf. Wir müssen den Kampf nach zwei Seiten führen, gegen rechts und links. Die Leute auf der rechten Seite haben sich große Verdienste um die soziale Gesetzgebung erworben. Wenn heute ihre Kräfte verbraucht sind, so gehe es ihnen wie einer Zigarre: Sie seien verstummelt! (Heiterkeit.) Die Herrschaftsgelüste der Gegner erstrecken sich auch auf die geistigen Güter des Volkes. Es giebt bei uns Männer, die auch glauben, weil sie die Gewalt haben, die geistige Befähigung zu besitzen. (Beifall.) Wir erkennen auf der andern Seite an, daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie einen berechtigten Kern haben. Wir kämpfen aber gegen die vaterlandslosen Gesellen.

Prof. Dr. Adolf Wagner (Berlin), mit stürmischem Jubel begrüßt, führte aus: Ich hatte nicht die Absicht, das Wort zu ergreifen. Denn wenn heute ein Universitätsprofessor, ein sog. schlimmer Katheder-sozialist, in einer Versammlung spricht, so heißt es gleich: Das muß eine schlimme Versammlung sein! (Heiterkeit.) Man könnte noch sagen, daß wir uns nicht nur begnügen, die Jugend der Reichs-Hauptstadt zu verführen, sondern daß wir jetzt auch nach der alten Stadt Leipzig kämen. (Zuruf.) Aber wir sind die Schlimmen, jedoch noch nicht die Schlimmsten! Von uns heißt es: „Verderber der Jugend“, in Leipzig jedoch sollen sogar „himmelschreiende Zustände“ herrschen. (Großer Beifall.) Ich halte es für meine Pflicht hier auszusprechen, daß an der universitas lipsiensis ein Korpsgeist herrscht, daß hier Rektor und Professoren männlich

für die Verunglimpften eingetreten sind. (Stürmischer Beifall.) Bis vor zwei bis drei Jahren fanden wir bei den Behörden mehr Entgegenkommen, ich erinnere mich, am Johannistisch manchen Minister gesehen zu haben. Heute sind wir eine Gesellschaft, die man nicht besuchen kann, wenn man nicht selbst verdächtig erscheinen will. Es giebt Menschen, welche vermeinen, daß die große Bewegung niedergeschlagen wäre, wenn wir paar Professoren und Pastoren kein Wort gesprochen hätten. Das ist eine thörichte Ansicht. Gegen Ideen kämpft man nicht mit Polizeivorschriften, mit patriarchalischen Maßnahmen. Falsche Ideen müssen widerlegt werden. Das ist unser Ziel. Daß auch Irrthümer passiren können, wird niemand bestreiten, wir verlangen aber, daß man an unserem guten Gewissen, an unserer guten Absicht nicht zweifelt. Deshalb können wir auch ruhig gegenüber den unberechtigten Angriffen bleiben. (Sehr richtig!) Daß wir am Ende des 19. Jahrhunderts an diese großen Aufgaben gehen können, verdanken wir dem großen deutschen Staatswesen. Das sollten auch die Sozialdemokraten bedenken. Jede Million, die wir mehr ausgeben für die Wehrkraft, stärkt die Thatkraft des Volkes. (Beifall.) Indem wir die Sozialdemokratie bekämpfen, suchen wir den inneren Kern von den häßlichen Punkten zu reinigen. Wir wollen aber nicht höhnen und schimpfen. Daß sich Deutschland zu einer führenden Macht erhoben hat, verdanken wir dem hohenzollernschen Königthum und dem Anschluß der deutschen Fürsten an dieses. Scheuen wir uns nun auch nicht, dem neuen Deutschen Reich die große Aufgabe zu stellen, der sozialen Sphinx das Räthsel zu lösen. (Stürmischer endloser Beifall.)

Pfarrer Naumann bittet, das religiöse Moment auch zu seinem Recht kommen zu lassen. Wenig Gotteshäuser sind mir so ehrwürdig, wie die Nikolaikirche hier. Und erhaben klang es mir einmal in ihren Räumen. Alles Ding hat seine Zeit, Gottes Lieb in Ewigkeit. Auch unser Kongreß hat seine Zeit und darum muß er bestehen bleiben. Die christlichen Gedanken müssen jetzt mehr als je in die Oeffentlichkeit treten. Vor vier Tagen ist der Pastor Kötzsche seines Amtes enthoben worden, weil er gethan hat, was im Jahre 1890 der preußische Oberkirchenrath den Pastoren zu thun empfohlen hat: sich um die sozialen Dinge zu kümmern, mit den Arbeitern zu reden. Alles Ding hat seine Zeit. Die Kirche ist so geduldig. Sie läßt sich alles gefallen, aber hier hört ihre Geduld auf. Um so dringender aber ist die Aufgabe des Kongresses immer und immer wieder, seine Stimme zu erheben, bis auch der Zweifler St. Thomas nicht mehr paukt auf sein Christenthum. (Heiterkeit und Beifall.) Auf der andern Seite legt uns die Menge unserer Brüder die Pflicht auf, zu arbeiten für die, denen ihre frühere Weltanschauung entzogen worden ist. Da brauchen wir den Kongreß als eine Stätte der Freiheit in einer Zeit, in der man den Schutz der Wissenschaft am liebsten dem Schutzmann übertragen möchte. (Beifall.) Der Kongreß soll den Willen stärken, die Ideen verdichten und zusammenfassen. Seine Aufgabe ist nicht mehr reine Wissenschaft, aber auch noch nicht Politik. Er will die Wissenschaft herüber ziehen in das Reich der That. Alles Ding währt seine Zeit, das rufen wir auch denen zu, die die Welt auf einmal besser machen wollen. Damit holen wir die Utopien wieder ins Reich der Nächternheit. Man springt nicht in die Zukunft, sondern man wächst hinein. Wie lange wird die Gewerkschaftsbewegung z. B. gebrauchen, ehe sie ein wirthschaftlicher Faktor sein wird. Auch die Anschauungen dieser oder jener Stelle, die von entscheidender Bedeutung ist, währen ihre Zeit. Der Liberalismus hat seine Zeit gehabt. Auch was jetzt gearbeitet und gedacht wird, findet seine Zeit. Wir warten geduldig darauf, denn wir können den Vers weiter sagen: Gottes Lieb in Ewigkeit, denn wir wissen, daß Gott die Welt regiert, und nicht der Zufall. Wir glauben an einen Gott, der es den Redlichen gelingen läßt und stößt die Hoffärtigen vom Stuhl. Wenn die soziale Bewegung sich mit diesem Glauben erfüllte, würde sie sehr gewinnen. Ein gutes Werk thun wir, wenn wir den Arbeitern den Gedanken an Gott wieder nahe bringen, und ihnen auch die Gestalt des Kampfes und der Hingebung zeigen: Jesus Christus. (Stürmischer Beifall.)

Der letzte Redner war Professor Dr. Hirnack. Er bemerkte: Wir lassen nicht von dem Worte „sozial", mag es jetzt auch widerwärtig geworden sein. Auch das Evangelische wollen wir festhalten. Luther's Brief an den christlichen Adel deutscher Nation soll uns ein Ideal, ein Programm sein. Wir wollen sozial sein, weil wir unsere Brüder lieb haben, evangelisch, weil wir das Christenthum nicht anders verstehen, als nach den Worten Jesu. So wollen wir auf diesem Kongreß unsere Gemeinschaft pflegen in freundlicher Gesinnung ohne Pessimismus.

Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

* * *

Am Donnerstag trat der Kongreß im Saale der Zentralhalle zu den eigentlichen Verhandlungen zusammen.

Die Versammlung begann mit Gesang und Gebet. Nachdem der erste Vorsitzende, Landes-Oekonomierath Dr. Nobbe-Berlin, den Kongreß mit einer Ansprache eröffnet hatte, erstattete cand. theol. Völker den Geschäftsbericht, in welchem er unter anderem hervorhob, daß dem Kongreß die Kasseler (Stöckersche) evangelisch-kirchliche Konferenz keinen Abbruch gethan habe. Die Zahl der Mitglieder betrage gegen 800. Der Kassenbestand belaufe sich gegenwärtig auf 4500 M. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete das Eigenthum nach christlicher Beurtheilung. Kirchenrath Professor Dr. Wendt (Jena) faßte sein Referat in folgenden Thesen zusammen:

1. Das Christenthum hat von Anfang an in Konsequenz seiner religiösen Anschauung auch Urtheile und Forderungen mit bezug auf das Eigenthum aufgestellt. Aber diese christlichen Urtheile und Forderungen haben sich im Verlaufe der Geschichte in manchen Beziehungen gewandelt. Das asketische und das kommunistische Ideal sind vom christlichen Standpunkte aus theils vertreten, theils verworfen worden.

2. Die rechte christliche Beurtheilung des Eigenthums ist nicht aus einzelnen biblischen Aussagen oder Vorbildern, sondern aus den Grundgedanken der religiösen Gesammtanschauung Jesu abzuleiten.

3. Aus dem christlichen Grundgedanken, daß Gott der Herr der ganzen Welt und der himmlische Vater der Menschen ist, ergiebt sich das Urtheil, daß alles irdische Eigenthum Gott gehört und von Gott aus Liebe den Menschen anvertraut ist. Dieses Urtheil bedeutet nicht eine Aufhebung des Eigenthumsrechtes den anderen Menschen gegenüber, wohl aber eine wesentliche Erweichung des Eigenthumsbegriffes. Für den Christen giebt es kein absolutes und kein verantwortliches Eigenthum. Zugleich liegt in jenem christlichen Urtheil ein Motiv zur Zufriedenheit des einzelnen mit dem ihm zu theil gewordenen Maße des Eigenthums.

4. Dem christlichen Grundgedanken, daß wahrhaften Werth für den Menschen nur die ewigen himmlischen Güter haben, entspricht eine Geringschätzung der vergänglichen irdischen Güter im allgemeinen und so auch des irdischen Eigenthums. Aber diese Geringschätzung hat sich nach rechter christlicher Anschauung nicht in asketischer Verwerfung der irdischen Güter und Verzichtleistung auf das Eigenthum überhaupt zu erweisen. Es giebt auch eine solche christliche Verwerthung der irdischen Güter, bei welcher sie Mittel für den Zweck der Entwickelung des Menschen zu dem ewigen Leben werden.

5. Aus dem christlichen Grundgedanken, daß spontane schrankenlose Liebe die das ganze Verhalten gegen die Mitmenschen bedingende Hauptpflicht des Christen ist, folgt, daß auch das Eigenthum ganz in den Dienst der Liebe gestellt sein muß. Sowohl in wohlthätigem Verschenken von Eigenthum, als auch in gemeinschaftlichem Besitzen und Verwerthen desselben kann sich rechtliche christliche Liebe bewähren. Aber doch ist weder möglichste Steigerung der Wohlthätigkeit, noch möglichste Durchführung der Gütergemeinschaft das von der christlichen Liebe geforderte Ideal. Je nach den Verhältnissen muß sich die Liebespflicht mit bezug auf das Eigenthum sehr verschieden bethätigen. Auch der reichliche Erwerb und die sparsame Bewahrung von Privateigenthum und ebenso die Verwendung desselben für die eigene Person kann in rechter christlicher Liebesgesinnung geschehen.

6. Die christlichen Forderungen mit bezug auf das Eigenthum lassen sich ihrer Art nach nicht zu Rechtsforderungen machen. Vom christlichen Standpunkte aus ist nur zu erstreben, daß in der Rechtsforderung folgende Prinzipien gehörig zu Geltung kommen: a) Anerkennung auch des Privateigenthums; b) Anerkennung solcher Pflichten der Rücksichtnahme und Dienstleistung den Nebenmenschen und menschlichen Gemeinschaften gegenüber, durch welche der Einzelne bei dem Erwerbe, der Bewahrung und der Verwendung des Privateigenthums beschränkt wird; c) Förderung solcher Ordnungen des Eigenthumswesens, in welchem sich Gemeinschaftlichkeit und wechselseitige Dienstleistungen der Menschen recht erweisen und entwickeln können. Die einzelnen Gesetze, in denen diese Prinzipien auszudrücken und mit einander in Einklang zu bringen sind, lassen sich nicht aus allgemeinen christlichen Gedanken entwickeln, sondern sind jeweils unter Berücksichtigung der geschichtlich gegebenen und sich entwickelnden politischen, volkswirthschaftlichen und anderweitigen besonderen Verhältnisse aufzustellen.

7. Aufgabe der christlichen Kirche ist es, die christliche Gesinnung zu pflegen und zu verbreiten, gemäß welcher die rechtlichen Forderungen mit bezug auf das Eigenthum durch freiwillige Erfüllung der christlichen Liebespflicht ergänzt werden.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Die Parteigenossen Gerhardt und Zahn in Breslau haben das dortige Gefängniß nach Verbüßung einer mehrwöchigen Strafe verlassen, die ihnen als verantwortlichen Redakteuren der „Volkswacht" auferlegt worden war.

— In den Redaktionsräumlichkeiten der „Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart wurde am Mittwoch unter Führung eines Oberamtsrichters von vier Kriminalbeamten eine Haussuchung vorgenommen. Man fahndete vergeblich nach dem Manuskript eines in Nr. 123 der „Tagwacht" veröffentlichten Artikels aus Ulm.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Ein internationaler Textilarbeiter-Kongreß wird vom 9. bis zum 14. August in Roubaix — Nordfrankreich — abgehalten werden. Der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei ersucht uns, die deutschen Textilarbeiter auf die Wichtigkeit dieses Kongresses aufmerksam zu machen und zur Beschickung einzuladen.

Aus Lauchhammer wird dem „Niederlausitzer Volksblatt" mitgetheilt: Auf dem hiesigen Eisenhütten-Werke haben ca. 50 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil ihnen der ohnehin schon kärgliche Lohn noch um ein bedeutendes gekürzt werden sollte. Trotz der Einmüthigkeit der keiner Organisation angehörenden Arbeiter dürften diese schwerlich einen Erfolg erzielen, nicht etwa weil Zuzug von außerhalb zu befürchten wäre, sondern weil am Orte selbst und in den Dörfern der nächsten Umgebung genügend Ersatzkräfte vorhanden sind. Die meisten der auf dem Werke beschäftigten und gewöhnlich um Beschäftigung nachsuchenden Arbeiter sind Ackerbauern, die tags über aufs Werk gehen und morgens oder abends ihr Feld bestellen. Die Arbeit erfordert zudem keine besondere Geschicklichkeit, so daß schon aus diesem Grunde schwer etwas zu erreichen sein wird. Hier thut Aufklärung, die die Arbeiter der Organisation zuführt, dringend noth.

Ein Weberstreik ist bei der Firma Weyl u. Nassau in Reichenbach in Schlesien ausgebrochen. Den Webern waren Lohnabzüge von 20 Pf. bis 1,20 M. pro Stück gelieferte Waare zugemuthet worden. Die Lohnherabsetzung wurde am Dienstag nach Pfingsten bekannt gemacht. Die Weber hörten ausnahmslos auf; eine Kommission soll durch Unterhandeln mit den Chefs der Firma versuchen, diese zu bestimmen, ihre Maßregel, die angeblich durch den geringen Umsatz und die Preise der Konkurrenz erfolgt ist, rückgängig zu machen.

Der Steinsetzer-Streik in Stettin ist, wie der „Volksbote" bestätigt, zu Ende. Die Arbeit ist am Donnerstag wieder aufgenommen worden.

Die Zimmerer Wilhelmshavens haben die 9½stündige Arbeitszeit und entsprechende Lohnerhöhung bewilligt erhalten, wie schon vorher die Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Von den Tischlern Magdeburgs stehen noch 196 im Streik. 173 in 35 Werkstätten arbeiten zu den bewilligten Forderungen. Es berührt, sagt die „Volkswacht", eigenthümlich, daß die kleineren und mittleren Werkstätten bewilligt haben, von denen immer behauptet wird, sie könnten am allerwenigsten derartige Forderungen akzeptiren.

Zur Lohnbewegung im Baugewerbe Erfurts berichtet die „Thüringer Tribüne", daß die Zimmermeister den streikenden Zimmerern jetzt ein Angebot gemacht haben, das eine Reduktion ihrer früheren Zugeständnisse bedeutet und deshalb von einer Zimmererversammlung in geheimer Abstimmung mit 85 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Der Streik dauert daher fort.

Aus Dresden wird uns über die Lohnbewegung der Tischler 2c. geschrieben: In einer Reihe von Werkstätten schweben noch Unterhandlungen über Anerkennung des neuen Tarifs. Die Streikkommission tagt bei Stölzer, Freiberger Platz; diese vermittelt während der Bewegung die Arbeitsgelegenheit.

In Leipzig ist der Drechslerstreik in der Stuhl- und Möbelfabrik von Hertlein u. Komp. durch Vermittlung der Tarifkommission der Tischler zu gunsten der Arbeiter beigelegt.

In Gera hat die Aussperrung von Webern der Halpert'schen Teppichweberei die Folge gehabt, daß die Arbeitsgenossen der Entlassenen sich mit diesen solidarisch erklärten. Von 50 Stühlen konnten daher am 9. Juni nur drei in Betrieb gesetzt werden. Man versucht nun, die Webstühle durch Hilfsarbeiterinnen bedienen zu lassen.

Die Tischler, denen ihre Forderungen von den Nicht-Innungsmeistern bewilligt worden sind, haben sich bei den Innungsmeistern mit etwas geringeren Zugeständnissen begnügt und von der vollständigen Durchführung ihrer Forderungen bei diesen Meistern für jetzt abgesehen, weil die Verhältnisse zur Zeit nicht günstig sind.

Die Schmiede in Fürth hatten bisher noch die übermäßig lange Arbeitszeit von 75 bis 78 Stunden pro Woche. Nach gepflogenen Unterhandlungen haben sich die Meister schriftlich bereit erklärt, allgemein die 63stündige Arbeitszeit einzuführen, was bereits geschehen ist.

Ausland.

Italienerstreik in Zürich. Daß die Verwaltung der Nordostbahn von ihren Ausbeutungspraktiken noch immer nicht lassen kann, hat sie wieder vorige Woche bewiesen. Den italienischen Handlangern und Erdarbeitern wurde der Tagelohn um 20, 30, 40 bis 50 Cts. reduzirt, worauf sie die Arbeit niederlegten und sich an den italienischen Maurer- und Handlanger-Fachverein in Zürich wandten. Derselbe wählte eine Kommission, der sich der Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Calame, anschloß und die mit der Nordostbahn-Direktion in Unterhandlungen trat. Der Erfolg war die Zurücknahme der Reduktion, Einführung gegenseitiger vierzehntägiger Kündigung, Beschwerderecht gegen die Poliere bei der Direktion, und der weitere Erfolg bestand in dem Anschluß der nichtorganisirten Streikenden an die Organisation.

Die organisirten Spenglergehilfen Berns sind mit folgenden Forderungen in eine Lohnbewegung eingetreten: Arbeitszeitverkürzung um 1 Stunde täglich, Lohnzuschlag für auswärtige Arbeit, Minimal-Stundenlohn von 40 Cts. und Zuschlag von 25 pCt. für Ueberzeit- und Nachtarbeit sowie von 50 pCt. für Sonntagsarbeit, Versicherung der Arbeiter gegen Unfall durch den Meister, Regulirung des Lehrlingswesens (je 1 Lehrling auf 5 Arbeiter im Maximum), Freigabe des 1. Mai, Lohnerhöhung um 10 pCt.

Soziales.

Zum internationalen Arbeiterschutz-Kongreß in Zürich (vom 23.—28. August) hat die sozialistische Fraktion des italienischen Parlaments die Genossen Costa, Ferri und Tarati delegirt.

Die Erdsenkungen in dem Rosdzinner Grubengebiete dehnen sich weiter aus. Das Bett des Rawaflusses hat sich stellenweise bedeutend gesenkt, und dadurch ist eine große Ueberschwemmung eingetreten, halb Rosdzin steht unter Wasser. Wie es heißt, wissen die Bergbehörden nichts Genaues über den Umfang des Abbaues der unter Rosdzin gelegenen Luisensglückgrube. Die Aufsicht führt der Privat-Bergregalherr v. Tiele-Winkler, und da die königlichen Bergbehörden nur aller drei Monate durch Markscheide den Umfang des Abbaues feststellen lassen, so wird des Herrn v. Tiele-Winkler Aufsicht wahrscheinlich noch mangelhafter sein. Herr v. Löbbecke, einer der Eigenthümer der Grube, der für Hausschäden wenige hundert Mark zu zahlen sich weigerte, ist einer der reichsten Agrar- und Industriebarone Schlesiens. Er besitzt 7 große Güter, die zusammen 12½ Quadratkilometer groß sind (5000 Morgen) und einen Werth von 3½ bis 4 Millionen Mark haben. Die gesammte Familie Löbbecke dagegen besitzt, blos in Schlesien, 20 Güter oder 50 Quadratkilometer Land im ungefähren Werthe von 10 Millionen Mark. Der Industriebesitz des Löbbecke läßt sich nur sehr schwer feststellen, er zählt aber ebenfalls nach Millionen. Der gesammte Schaden in Rosdzin wird auf 2 Millionen Mark geschätzt.

Von der „Freiheit" der bürgerlichen Gesellschaft. Wie unser Parteiorgan in Hannover berichtet, hat die Leitung der dortigen Cakesfabrik ihren Arbeiterinnen durch Anschlag verboten, während der Frühstücks- als auch während der Mittagspausen in der Eilenriede sich zu erholen. Zuwiderhandlungen sollen mit einer Mark Strafe beziehentlich mit Entlassung bestraft werden.

Soziale Rechtspflege.

Am Gewerbegericht hat Assessor Dr. Meier eine neue Praxis eingeführt. Es lassen sich dort häufig die Parteien, vornehmlich die Arbeitgeber, durch Leute vertreten, die es nicht verantworten zu können glauben, auf Vergleichsvorschläge einzugehen oder sonstwie bindende Erklärungen abzugeben. In solchen Fällen ordnet der genannte Vorsitzende der Kammern VII und VIII des Gerichts das persönliche Erscheinen der Parteien unter Androhung einer Geldstrafe an. Dies Verfahren begründet er damit, daß die Vollmachten der Vertreter unvollkommen seien, wenn sie sie nicht befähigten, in jeder Beziehung Erklärungen abzugeben.

Die Rechtsverbindlichkeit von Fabrikordnungen. Der Mechaniker R. wurde aus dem Betriebe der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft entlassen, nachdem er wenige Stunden vorher von einem der Werkmeister dieser Gesellschaft eingestellt worden war. Er klagte dann beim Gewerbegericht auf Gewährung einer Lohnentschädigung. Der Vertreter der Beklagten machte dagegen geltend, das Engagement sei noch nicht perfekt gewesen und im übrigen bestimme die in jedem Fabriksaale aushängende Arbeitsordnung, daß das Arbeitsverhältniß jederzeit gelöst werden könne. R. betonte hierauf, ihm sei weder ein Exemplar der Fabrikordnung ausgehändigt worden, wie es die Gewerbe-Ordnung vorschreibe, noch habe man ihn auf den Aushang aufmerksam gemacht. Die Kammer V des Gewerbegerichts nahm an, daß doch schon ein Arbeitsverhältniß vorgelegen habe, wies aber den Anspruch des Klägers als unbegründet zurück. Der Vorsitzende, Assessor Helbrig, führte aus, nach der Gewerbe-Ordnung erfolge der Erlaß der Arbeitsordnung in Fabrikbetrieben durch ihren Aushang, es genüge somit der Aushang allein, die Fabrikordnung für beide Theile verbindlich zu machen. Das gesetzliche Verlangen, jedem Arbeiter solle ein Exemplar ausgehändigt werden, sei nur eine Ordnungsvorschrift, deren Nichtbefolgung die Giltigkeit der Fabrikordnung nicht im mindesten beeinträchtige, wenngleich sie strafbar sei. Auch brauche der Arbeiter nicht auf die Arbeitsordnung verwiesen zu werden und es sei auch kein beachtenswerther Einwand, daß er sie nicht gelesen habe. Auf grund der hier in betracht kommenden Arbeitsordnung habe nun aber der Kläger jederzeit entlassen werden können.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Pr. Stargard, 10. Juni. (W.T.B.) Bei der heutigen Landtags-Ersatzwahl wurde im zweiten Wahlgange Pfarrer v. Wolszlegier-Gilgenburg (Pole) mit 233 Stimmen gewählt. Rittergutsbesitzer Arndt-Gartschin, deutscher Kompromißkandidat, erhielt 232 Stimmen. Im ersten Wahlgange hatte jeder der beiden Kandidaten 232 Stimmen erhalten.

Frankfurt a. M., 10. Juni. (B. H.) Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Kopenhagen: Das neue Kabinet beabsichtigt, die Verhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den Verkauf der westindischen Inseln wieder aufzunehmen und baldigst zum Abschluß zu bringen.

Straßburg i. Els., 10. Juni. (W. T. B.) Dem „Straßburger Tageblatt" wird aus Thann im Elsaß gemeldet, daß dort gestern früh ein heftiger Erdstoß verspürt worden ist.

Budapest, 10. Juni. (W. T. B.) In der Ortschaft Elemer (Komitat Torontál) kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Bauern und Gendarmen, bei welchem zwei Bauern und zwei Gendarmen getödtet wurden. Zwei weitere Gendarmen waren gezwungen, sich vor der Uebermacht in ein Bauernhaus zurückzuziehen.

Paris, 10. Juni. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Bei der Berathung der Vorlage betreffend Erneuerung des Privilegiums der Bank von Frankreich brachte Viviani einen Antrag auf Errichtung einer Staatsbank ein. Dieser Antrag wurde vom Hause mit 422 gegen 118 Stimmen abgelehnt. Baskou brachte einen Antrag ein, der die Kammer auffordert, nicht in die Berathung der einzelnen Artikel einzutreten, ehe die Regierung die den Kriegsschatz betreffenden Bestimmungen des Vertrages mit der Bank bekannt gebe. Der Finanzminister Cochery weigerte sich, diese Abmachungen mitzutheilen, welche unwirksam würden, wenn man sie der Oeffentlichkeit übergäbe. Millerand unterstützte den Antrag, da es sich darum handle zu wissen, ob nicht für den Kriegsfall eine Klausel bestehe, hinter welcher sich die Bank von Frankreich würde verschanzen können; der Kriegsschatz könne nicht der Bank überlassen werden. (Beifall auf der äußersten Linken.) Der Ministerpräsident Meline erklärte, im Interesse der nationalen Vertheidigung lehne es die Regierung ab, die Bestimmungen einer sekreten Uebereinkunft bekannt zu geben; sie könne lediglich erklären, daß durch dieselben die Bank verpflichtet sei, während dem Staate seine Handlungsfreiheit gewahrt bleibe. (Beifall im Zentrum.) Pelletan erklärte hierauf, der Regierung auf diesem Wege zu folgen, hieße Hochverrath begehen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Schließlich wurde der Antrag Baskou mit 298 gegen 236 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde die Dringlichkeit der Bankvorlage mit 413 gegen 104 und der Uebergang zur Berathung der einzelnen Artikel mit 424 gegen 107 Stimmen beschlossen.

Vicenza, 10. Juni. (W. T. B.) Gelegentlich der Gedenkfeier der Vertheidigung der Stadt im Jahre 1848 kam es heute zwischen Liberalen und Klerikalen zu Thätlichkeiten, bei welchen es mehrere Verwundete gab. Die Truppen mußten zum Schutze des klerikalen Gemeinderaths einschreiten.

Verona, 10. Juni. (W. T. B.) In der vergangenen Nacht ging ein furchtbarer Cyklon mit schwerem Hagelschlag über das Thal von Caprino hinweg. Die ganze Ernte sowie die gesammte Seidenraupenzucht mit sämmtlichen Kokons sind vernichtet.

London, 10. Juni. (W. T. B.) Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Tananarivo vom 23. Mai, zwei französische Missionare der evangelischen Gesellschaft zu Paris, namens Escande und Minault, seien am Nachmittage des 20. Mai ungefähr 45 Kilometer südlich von Tananarivo von Aufständischen in grausamer Weise ermordet worden. Ihre Leichen seien am 23. Mai aufgefunden.

Konstantinopel, 10. Juni. (W. T. B.) Die vierte Sitzung zur Fortsetzung der Friedensverhandlungen wurde auf übermorgen verschoben. Heute hat lediglich eine Versammlung der Botschafter stattgefunden.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

XV. Kongreß für innere Medizin.

Der zweite Sitzungstag wurde mit einem hochinteressanten Vortrag von Professor Unverricht-Magdeburg über Epilepsie eröffnet.

Wenn man bedenkt — so führte der Vortragende aus —, daß in Deutschland allein etwa 100 000 Menschen an Epilepsie leiden, so begreift man das anhaltende Interesse, mit dem alle Forschungsergebnisse auf diesem Gebiete verfolgt werden. Vorläufig ist man freilich über die eigentliche Ursache dieser eigenartigen Krankheit noch im Unklaren; auch über ihr Wesen ist man in Aerztekreisen getheilter Ansicht. Unverricht ist auf grund zahlreicher Beobachtungen an Thieren und am Krankenbett zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Ursprungsstätte für die typischen epileptischen Krämpfe in der Großhirnrinde allein liegt, daß von dort die Anfälle ausgelöst und durch Reizung der Rinde unterhalten werden. Schneidet man bei Thieren die beiden Großhirnrinden heraus — eine Operation, die die Hunde ganz gut überstehen — so verschwinden die Anfälle. Von der Verabreichung des Morphiums hat Unverricht bei Thieren keinen wesentlichen, von der des Chloralhydrats (des bekannten Schlafmittels) dagegen vorzügliche Erfolge gesehen. Vielleicht geben diese Erfahrungen werthvolle Fingerzeige für die Behandlung der menschlichen Epilepsie. Bei der Uebertragung der in Thierversuchen gewonnenen Erfahrungen auf den Menschen muß man allerdings vorsichtig sein, da die Großhirnrinde beim Hunde ganz anders beschaffen ist als beim Menschen. Gleichwohl weisen auch am Krankenbette die einzelnen Krankheitserscheinungen mit Sicherheit darauf hin, daß die Krämpfe von der Großgehirnrinde aus entstehen.

In der Diskussion zu dem beifällig aufgenommenen Vortrag traten Prof. Binswanger-Jena und Prof. Jolly-Berlin dieser Großhirnrinden-Theorie entgegen. In bezug auf die Behandlung wird allenthalben die hervorragende Wirkung der Bromsalze gerühmt. Freilich ist, wie Prof. Flechsig-Leipzig hervorhebt, die Wirkung bei den einzelnen Patienten eine verschieden starke. Leider zwingen mitunter Vergiftungserscheinungen die Bromkur, die lange genug fortgesetzt werden muß, um zu wirken, ganz auszusetzen. Vorbeugen läßt sich diese Unannehmlichkeit durch gleichzeitige Darreichung einer kochsalzhaltigen Pflanzennahrung. Fleischkost ist möglichst einzuschränken. Wo Brom versagte, gab Flechsig mit gutem Erfolge verschiedentlich Opium, eine Beobachtung, welche Professor Rumpf-Hamburg bestätigen konnte. Professor Jolly hat dagegen von der gemischten Brom-Opiumbehandlung wenig Erfolge gesehen, jedenfalls keine Heilung.

Professor Behring-Marburg sprach „über experimentell begründete Heilkunde". Diese Behandlungsmethode, die lediglich von beweiskräftigen Thierexperimenten ausgeht, steht in bewußtem Gegensatze zu den übrigen Methoden. Nur das Thierexperiment giebt uns Aufschluß über die Heilmittel, die im lebenden Organismus aufgespeichert sind, zumal im Blut. In dieser Beziehung sind die sogenannten Blutantitoxine zu nennen; hierher gehören das Diphtherie- und Starrkrampf-Heilserum. Diese Antitoxine sind unschädlich und entfalten eine ganz spezifische Wirkung, das heißt, sie wirken immer nur gegen dasjenige Krankheitsgift, dessen Gegengift sie darstellen, aus dem sie dargestellt sind. Je stärker das Gift ist, um so wirkungsvoller das entsprechende Gegengift. Behring giebt sich der sicheren Hoffnung hin, mit Hilfe seiner Mitarbeiter in absehbarer Zeit aus den Leibern der Tuberkelbazillen ein starkes Gift und daraus ein gleich starkes Gegengift gegen die schrecklichste aller Seuchen, die Tuberkulose, zu gewinnen, ein Mittel, welches das neue Koch'sche an Wirksamkeit übertreffen soll. Durch Entfernung aller unwirksamen Stoffe wird die Wirkung wesentlich gesteigert werden. Jedenfalls giebt es — so schloß der Redner — Mittel, spezifische Mittel, welche nützen, ohne zu schaden, Mittel, deren Thätigkeit sich ausschließlich in den Körperflüssigkeiten abspielt und die dabei den kranken Körper entgiften.

Der Vortrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Zweite General-Versammlung des Zentralvereins der Former.

Hannover, den 9. Juni 1897.

Nachmittags-Sitzung. Ueber den Antrag, an stelle der Reise-Unterstützung eine allgemeine Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen, wird nach kurzer Diskussion zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgt die Berathung des Reise-Unterstützungs-Reglements. Eine ausgedehnte Diskussion entsteht über die Frage des Reisegeldes für Bahnreisende. Dem § 1 wird folgende Fassung gegeben: „Das Reisegeschenk beträgt pro Kilometer 2 Pfennige". Dasselbe wird ausgezahlt sowohl an wandernde, als auch an bahnreisende Mitglieder. Ferner erhält § 6 den Zusatz: „Das Reisegeschenk darf in einem Jahr nicht mehr als 60 Mark betragen". § 5 des Statuts erhält den Zusatz: „Mitgliedern, welche auf die Reise gehen, bevor sie unterstützungsberechtigt sind, wird bezüglich der Beiträge Stundung gewährt, bis sie wieder in Arbeit stehen." Sämmtliche vorliegenden Anträge, Streikunterstützung in Zukunft nur gegen Schuldschein auszuzahlen, werden abgelehnt. Zu § 23 wünscht Claussen festere Normen zu schaffen, um unüberlegten Streiks und Lohnbewegungen einen Riegel vorzuschieben. Lücke stimmt Schwartz zu, an Unorganisirte überhaupt keine Streikunterstützung zu zahlen, dann würden dieselben gezwungen werden, sich zu organisiren. Plath erklärt sich gegen den Antrag. Streiks 14 Tage vorher dem Vorstand anzuzeigen, das sei für Berlin einfach unmöglich. Der § 23 erhält nunmehr folgende Fassung: Die Mitglieder örtlicher Verwaltungsstellen haben im Falle einer Arbeitseinstellung nur dann Anrecht auf Unterstützung aus der Hauptkasse, wenn dem Vorstande und Ausschusse mindestens 14 Tage vorher die Nothwendigkeit des Streiks unterbreitet wurde und diese Körperschaften ihre Zustimmung gegeben haben; jedoch sind Aussperrungen und Maßregelungen davon ausgeschlossen.

Hannover, den 10. Juni 1897.

Claußen und Schwartz empfehlen, die Streikunterstützung einheitlich festzusetzen und zwar für Verheirathete 12 M., für Unverheirathete 9 M. pro Woche. Unorganisirte sollen von der Hauptkasse Unterstützung nicht erhalten, dies muß durch die Kollegen am Ort selbst geregelt werden. Deshalb ist es zweckmäßig, örtliche Extrafonds zu Streik- und Unterstützungszwecken zu schaffen. Müller-Berlin stellt den Antrag: Vollberechtigte Mitglieder erhalten von der Hauptkasse von der 2. Woche an Streikunterstützung in Höhe von 12 Mark pro Woche; für jedes Kind wird pro Woche 1 Mark gewährt.

Dieser Antrag wird angenommen. Ferner wird beschlossen, in sämmtlichen Zahlstellen jedes Jahr und zu einem bestimmten Monat statistische Ermittelungen vorzunehmen. Zu dem Antrag Delmenhorst, möglichst alle Verbände unter ein Kartell zu stellen, wünschen Müller und Plath eine Verständigung mit dem Metallarbeiter-Verband; es sei dies dringend nöthig, wenn bessere Verhältnisse geschaffen werden sollen. Alsdann wird beschlossen, eine Broschüre über Zweck und Nutzen der Formerorganisation herauszugeben und gratis zu vertheilen. Alle weiter vorliegenden Anträge werden abgelehnt. Das neue Statut wird am 1. Oktober in kraft treten. Der Name der Organisation wird umgeändert und lautet nunmehr: Zentralverein deutscher Former und Berufsgenossen. Zum Vorsitzenden des Zentral-Vereins wird Schwartz, zum Geschäftsführer Münzner gewählt. Das Gehalt des Geschäftsführers wird auf 30 Mark pro Woche festgesetzt. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Lübeck, der Sitz des Ausschusses in Hamburg, der Revisionskommission in Braunschweig. Der Sitz der Preßkommission ist nach Ludwigshafen verlegt. Der „Glück auf" verbleibt in Hamburg. Die Entschädigung des Redakteurs wird auf 30 Mark pro Quartal festgesetzt. Mit einem Hoch auf den Zentralverein der Former schließt hierauf der Vorsitzende die Generalversammlung.

Die Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen

hielt am 6. bis 9. Juni in Bremen ihre Generalversammlung ab. Anwesend waren 21 Delegirte; die Leitung des Kongresses wurde dem Vorsitzenden Lange übertragen. Den Berichten des Vorsitzenden, Kassirers und des Ausschusses entnehmen wir folgendes: Der Mitgliederstand betrug vor zwei Jahren in 29 Zahlstellen 14—1500. Gegenwärtig sind 30 Zahlstellen mit 2250 Mitgliedern vorhanden. Mit den Lokalvereinen Cannstatt und Eßlingen wird wegen Uebertritts zur Vereinigung verhandelt. Die Einnahme betrug 1895 9145,36 M., 1896 13 130,83 M. Für Streiks gingen ein bis Ende 1896: 4596,36 M. Die Gesammteinnahme der Vereinigung betrug in den Jahren 1895—96: 26 872,85 M. Von den Ausgaben sind zu erwähnen: Für Reise-Unterstützung 484,30 M, für Beamtenentschädigung 1607,24 M., für Verwaltungskunkosten 2640,84 M. Die Zeitung erforderte einen Kostenaufwand von 10 375,72 M., für Streiks wurden verausgabt 7096,36 M. Der Ausschuß berichtet, daß er bei der Revision die Bücher stets in guter Ordnung gefunden.

Nach einer längeren Diskussion über den Geschäftsbericht, in der einige Beschwerden Erledigung finden, ertheilten die Delegirten dem Vorstand und Ausschuß Decharge. Hierauf stand der Anschluß der Vereinigung an den Metallarbeiter-Verband zur Erörterung. Römelt-Hamburg empfiehlt in eingehender Weise, indem er auf die nahen Beziehungen des Berufs mit den übrigen Metallarbeitern hinweist, den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband. Theiß als Korreferent vertritt den entgegengesetzten Standpunkt. Der gute Zweck des Zusammenschlusses sei nicht zu verkennen; die Hauptaufgabe einer Organisation sei nicht, billige Verwaltungen zu schaffen, sondern Rebellen gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Will man eine billige Zeitung haben, dann könne man auf den „Düsseldorfer Generalanzeiger" abonniren, denn der kostete den ganzen Monat nur 25 Pf. Die Zeitung ist der Kitt, der uns zusammenhält. Der Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband werde ein Experiment, vor dem man sich hüten sollte. Das Beispiel geben die Feilenhauer, Mechaniker 2c., welche ihre alte Organisation gerne wieder hätten. Der Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung" kann sich nicht dazu herbeilassen, dann für die Schmiede noch extra Würste zu braten. Bildhauer, Buchdrucker 2c. schließen sich alle einem Industrieverbande nicht an, was sie doch thun würden, wenn sich nichts dagegen einwenden ließe. Hüten wir uns also vor einem übereilten Beschluß. In der ausgedehnten Diskussion wurde das Für und Wider eingehend erörtert und schließlich der Anschluß an den Metallarbeiter-Verband mit 17 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Eine ebenso erschöpfende Auseinandersetzung knüpfte sich an die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Die Meinungen waren hier sehr getheilt. Während einige Delegirte gänzlich ablehnend einem solchen Antrage gegenüberstanden, empfahlen andere, die Einführung den einzelnen Zahlstellen zu überlassen. Jedoch wurden alle Anträge, die den Vorschlägen zustimmten, abgelehnt. Alsdann wurde nach Erledigung des Punktes Presse nochmals namentlich über die Arbeitslosen-Unterstützung abgestimmt und die Einführung derselben mit 15 gegen 6 Stimmen beschlossen. Eine Aenderung in dem bisherigen Verhältniß zur Generalkommission wurde vom Kongreß nicht beliebt.

Bei Punkt 13, Statutenberathung, wird beschlossen: § 2. Bei Annahme des neuen preußischen Vereinsgesetzes hat der Vorstand das Recht, dem § 2 dann die nothwendige Fassung zu geben, ohne eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. § 3 soll lauten: Rechtsschutz ist zu gewähren bei allen Streitigkeiten, in welche die Mitglieder durch die Arbeitergesetzgebung verwickelt werden. § 3d (neuer Absatz): Ortsansässigen Mitgliedern, die infolge ihres agitatorischen Wirkens für die Vereinigung am Orte keine Arbeit mehr erhalten können und deshalb als gemaßregelt zu betrachten sind, können Umzugskosten nach einem anderen Orte in einer von der Generalversammlung näher zu bestimmenden Höhe gewährt werden. § 4. Die Beiträge werden für männliche Mitglieder auf 20 Pf., für weibliche auf 15 Pf. erhöht.

In der Debatte über „Allgemeine Anträge" wurde beschlossen: „Die Reise-Unterstützung wird nach Kilometern geregelt und beträgt dieselbe pro Kilometer 2 Pfennig." Angenommen wurde ferner folgender Antrag: Die Generalversammlung möge beschließen, Erhebungen über die Lage der Lehrlinge bei den Kleinmeistern, sowie Erhebungen über die Lage der Gesellen in kleinen Städten und ländlichen Bezirken anzustellen und dieselben der zuständigen Behörde zu übermitteln, zwecks Ausdehnung der Bestimmungen für jugendliche Arbeiter auf die Kleinbetriebe. Weiter ist Stellung zum Normalarbeitstag von zehn Stunden zu nehmen.

Die Diäten für die Delegirten wurden auf 9 M. festgesetzt. Als Vorort für den Vorstand wurde Hamburg wiedergewählt. In die Leitung der Vereinigung werden gewählt: Lange-Hamburg (1. Vorsitzender), Schreiber-Hamburg (Kassirer), Brehmer-Hamburg (2. Vorsitzender), Luxat-Hamburg (Schriftführer).

Hierauf wurden die Verhandlungen mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 10. Juni, nachm. 5 Uhr.

In die gemischte Deputation zur Vorberathung der Angelegenheit wegen des event. Erwerbes des Botanischen Gartens ist auch Stadtv. Singer gewählt. Außerdem gehören der Deputation u. a. an die Stadtvv. Langerhans, H. Sachs, Kyllmann, Wohlgemuth.

Zur Lehrerbesoldungs-Vorlage sind zahlreiche Petitionen eingegangen, so vom Berliner Lehrerverein, vom Berliner Rektorenverein und von den akademisch vorgebildeten Gemeinde-Schullehrern.

Vor der Tagesordnung bemerkt der Vorsteher Dr. Langerhans, daß er den in der vorigen Sitzung vom Stadtv. Borgmann gebrauchten Ausdruck „professioneller Umfaller" nicht sogleich als ungehörig gerügt habe, da er den Ausdruck nicht gehört habe, sondern erst nachträglich. Da der von dem Ausdruck Betroffene (Stadtv. Kalisch) darüber sehr unglücklich sei, daß diese Rüge nicht sofort erfolgte (Heiterkeit), gebe er (der Vorsteher), die Erklärung ab, daß er den Ausdruck, wenn er ihn gehört hätte, sofort gerügt haben würde.

Die außerordentlichen Befugnisse, welche dem jetzt ausgeschiedenen Baurath Hobrecht als Chefingenieur der Kanalisation zugestanden haben, sollen von jetzt ab durch die Kanalisations-Deputation ausgeübt werden. Für die Oberleitung der gesammten Bau- und Betriebs-Angelegenheiten der Kanalisationsverwaltung beabsichtigt der Magistrat die Schaffung der neuen Stelle eines technischen Direktors. Ueber die Abgrenzung der Kompetenzen desselben und des neuen Stadtbauraths für den Tiefbau sind Meinungsverschiedenheiten aufgetreten, welche zur Einsetzung eines besonderen Ausschusses geführt haben. Letzterer empfiehlt der Versammlung, sich „unter der Voraussetzung, daß der zeitige Baurath für den Tiefbau der Kanalisationsdeputation als Mitglied überwiesen wird", mit der Schaffung der Stelle einverstanden zu erklären. Der Oberbürgermeister hatte im Ausschuß gegen diese bedingungsweise Zustimmung als gegen eine Beschränkung der ihm nach der Städteordnung zustehenden Rechte Einspruch erhoben.

Stadtv. Kalisch als Referent bestreitet, daß es sich um eine Beschränkung der Rechte des Oberbürgermeisters handle. Es solle lediglich der Möglichkeit vorgebeugt werden, daß ein künftiger Oberbürgermeister den Tiefbau-Stadtrath nicht in die Deputation hineinsende.

Stadtv. Wallach beantragt die Streichung der fraglichen Bedingung, welche die neue Einrichtung unter Umständen illusorisch machen würde. Man solle sich mit einem „Wunsche" begnügen und demgemäß die Fassung ändern. Die Verwaltung dürfe und werde sich derartig nicht binden lassen; soviel Vertrauen müsse man zu ihr haben, daß sie in dieser Beziehung immer den richtigen Mann an die richtige Stelle setzen wird.

Stadtv. Wohlgemuth tritt für den Ausschußantrag ein. In einer rein technischen Deputation müsse auch ein Techniker sein. Mit dem jetzigen Abschluß der Kanalisation sei doch die Kanalisirung Berlins nicht beendet; man brauche nur an die Eingemeindung zu denken, die ja nur aufgeschoben sei. Der neue Direktor sei der Versammlung nicht verantwortlich, wohl aber der Stadtbaurath. Herr Hobrecht habe, wie alle großen Männer, sich so sehr in sein System verbissen, daß er die Fortschritte, die auf diesem seinem eigensten Gebiete gemacht sind, geringschätzig behandelte. Herr Adams, der zu der neuen Direktorstelle designirt sei, sei einer seiner Hauptschüler. Da müsse denn ein Techniker zu der Deputation gehören, der auch ein selbständiges Urtheil habe und überdies der Versammlung verantwortlich sei.

Oberbürgermeister Zelle: Der neue Stadtbaurath ist von mir bereits in die Deputation gesandt und hat dort dasselbe Dezernat wie Herr Hobrecht erhalten. Jeder Oberbürgermeister wird den Baurath für Straßenbau auch in die Entwässerungs-Deputation entsenden; thut er es aus irgend einem Grunde nicht, so wird die höhere Instanz sicher Abhilfe schaffen. Der vorgeschlagenen Bedingung kann der Magistrat jedenfalls nicht zustimmen, da die beabsichtigte Organisation dann eventuell plötzlich in der Luft schweben würde.

Stadtv. Meyer ist nach der bestimmten Erklärung des Oberbürgermeisters für den Antrag Wallach. Dauernd würde auch der autokratischste Bürgermeister nicht gegen den Strom schwimmen können.

Stadtv. Wohlgemuth: Der neue Direktor ist keineswegs Untergebener des Stadtbauraths. Diese Stellung und ihr Verhältniß zur Stellung des Stadtbauraths ist eben eine höchst eigenthümliche, da der neue Direktor nur Magistratsbeamter ist; die große Bedeutung der Kanalisation und der für sie bestehenden Verwaltungsdeputation läßt es uns aber gerade nothwendig erscheinen, einen Techniker auch für dieses Spezialfach in derselben zu haben.

Stadtv. Singer: Was Herr Wohlgemuth will, wird durch den Wortlaut des Antrages nicht gewahrt. Wir haben in der Versammlung einen viel sicheren Boden, wenn wir uns auf die Rechte stützen, die uns die Städteordnung giebt, so winzig sie sein mögen, als wenn wir, wie es nach dem Ausschußantrage der Fall ist, ein Recht erweitern wollen, welches die Städteordnung nicht giebt, sondern welches nur dann ein Recht von Magistrats Gnaden wäre. Es mag ja eigenthümlich sein, wenn ich hier anscheinend als freiwilliger Magistratskommissar auftrete; aber auch nur „anscheinend". Der Magistrat stützt sich mit Recht auf Verfassungsbedenken, er kann den Antrag nicht annehmen und am Ende hat die Versammlung ihr Pulver umsonst verschossen oder stellt den blamirten Europäer dar. (Heiterkeit.) Unsere Macht liegt in dem Geldbewilligungsrecht. Organisationen auf Personen zuzuschneiden, ist überhaupt prinzipiell unrichtig, mag es sich um den „zeitigen" oder „jeweiligen" Stadtbaurath handeln. Der Tiefbaurath ist auch der Versammlung nicht verantwortlich, sondern blos der Magistrat in seiner Gesammtheit. Legt man der Frage solche Wichtigkeit bei, so erörtere man sie in gemischter Deputation und für die Gesammtheit der Verwaltungszweige. Es scheint da irgend etwas hinter den Koulissen noch zu schweben, was Uneingeweihten noch nicht bekannt ist. (Heiterkeit.) Man kann einem Oberbürgermeister von Berlin doch auch nicht ganz unmögliche Dinge zutrauen. Wie würde die Versammlung da stehen, die einen Oberbürgermeister gewählt hätte, der so etwas fertig bekäme? (Heiterkeit.) Handelt es sich um eine Erweiterung der Rechte der Versammlung, dann fange man bei der Städte-Ordnung an und schaffe da Wandel. Den Antrag des Ausschusses hat man nicht die Macht durchzusetzen; solches vermehrt nicht, sondern vermindert die thatsächliche Macht der Versammlung, und das wäre ein gefährliches Spiel.

Nachdem noch die Stadtvv. Neumann und Gerstenberg gesprochen, letzterer auch beantragt hat, die streitige Fassung dahin zu ändern: „Die Versammlung hält es aber für erforderlich, daß der jedesmalige Stadtbaurath für den Tiefbau Mitglied der Deputation sei", tritt Stadtv. Wohlgemuth den Ausführungen Singer's entgegen, der ihn mißverstanden habe, und erklärt sich, nachdem einhellig die Nothwendigkeit der Mitgliedschaft des Tiefbauraths in der Deputation anerkannt worden, mit dem Amendement Gerstenberg einverstanden.

Der Ausschußantrag wird in dieser modifizirten Fassung angenommen.

Das neue Lehrerbesoldungs-Gesetz macht auch für Berlin eine Neuregelung der Gehaltsordnung nöthig. Der Magistrat will sich, da die Besoldungsverhältnisse erst 1894 nach dem Dienstaltersstufen-System geordnet worden sind, im wesentlichen auf die erforderlichen formalen Abänderungen beschränken. Das Anfangsgehalt der Lehrer soll nach wie vor auf 1600 M. bemessen werden = 1000 M. Grundgehalt und 600 M. Miethsentschädigung; für die Rektoren sollen die entsprechenden Zahlen 2000 und 800 sein. Die Alterszulagen-Scala soll unverändert bleiben, es soll lediglich der Scala für die wissenschaftlichen Lehrerinnen eine neue Gehaltsstufe zugefügt werden. Bezüglich der technischen Lehrerinnen, welche der Magistrat künftig als „Fachlehrerinnen" bezeichnen will, akzeptirt er im wesentlichen die Beschlüsse der Versammlung vom 25. Februar cr., proponirt aber einige Modifikationen: Neue Annahmen solcher technischen Lehrerinnen bis zur definitiven Anstellung der jetzt thätigen sollen „thunlichst" nicht vorgenommen werden; im Falle der Ueberschreitung der Altersgrenzen von 45 Jahren soll die Versammlung über die Zulässigkeit der Anstellung entscheiden.

Für die Lehrerinnen und Fachlehrerinnen soll das Grundgehalt 900 M., die Miethsentschädigung 300 M. betragen, für erstere in 7 Stufen à 3 Jahre bis auf 2400 M., für letztere in 4 Stufen à 3 Jahre bis auf 1600 M. steigen.

Von mehreren Seiten wird Ausschußberathung beantragt.

Stadtv. Rosenow führt aus, daß der Ausschuß sich auch mit der Frage der Erhöhung des Höchstgehalts der Lehrer auf 4000 M. aus diesem Anlaß zu beschäftigen haben wird. Ein solcher Beschluß sei 1894 zweimal von der Versammlung gefaßt worden und nur am Widerstande des Magistrats gescheitert. Mehr als 100—120 000 Mark würde diese Verbesserung auch nicht kosten.

Stadtv. Preuß: Gewisse materielle Aenderungen der Ordnung von 1894 werden bei dieser Gelegenheit trotz des zurückhaltenden Standpunktes des Magistrats in Erwägung zu ziehen sein. Die Frage des Verhältnisses von Grundgehalt und Miethsentschädigung, die Frage der Anrechnung der Dienstzeit u. a. wird der Ausschuß näher zu prüfen haben.

Stadtv. Singer: Je auskömmlicher und besser die Stadt die Lehrer stellt, desto reichere Zinsen wird zweifellos das kostbare Gut tragen, welches den Lehrern anvertraut ist, die Erziehung der Jugend (Zustimmung). Der Ausschuß wird danach zu erwägen haben, ob nicht die Wohnungsgeld-Entschädigung zu karg bemessen ist. Als selbstverständlich möchte ich annehmen, daß die Wohnungsentschädigung pensionsfähig bleibt, sonst würde thatsächlich eine Verschlechterung der Verhältnisse eintreten, namentlich bei den Lehrerinnen; diese Auffassung säge ich gern vom Magistrat bestätigt. Nun handelt es sich bei der Vorlage auch um die technischen Lehrerinnen. Im großen ganzen hat der Magistrat unsere damaligen Beschlüsse akzeptirt, leider du-

gegen nicht die Resolutionen. Ueber die Frage, ob die technischen Lehrerinnen zu Gesanglehrerinnen ausgebildet werden können, will ich als nicht sachverständig genug nicht sprechen; der Magistrat verspricht sich von dieser Anregung nichts. Die andere Resolution wollte, daß für jede Klasse, wo 50 Schülerinnen vorhanden sind, zwei Handarbeits-Lehrerinnen vorhanden sind. Das lehnt der Magistrat ab. Erfahrungsgemäß steht aber fest, daß die Aufsicht in Klassen mit so hoher Schülerinnenzahl nicht genügend gehandhabt werden kann. Da ist Sparsamkeit ganz am unrechten Platze. Eine Vermehrung der Stellen würde auch ein schnelleres Einrücken dieser Lehrerinnen in die etatsmäßigen Stellen ermöglichen. Die Behandlung dieses Theils des Lehrerpersonals ist ohnehin kein Ruhmesblatt in der Geschichte des Berliner Schulwesens.

Bürgermeister Kirschner: Nach der Auffassung der Schuldeputation und des Magistrats besteht darüber kein Zweifel, daß auch die Miethsentschädigung bei der Pensionirung angerechnet werden muß.

Stadtv. Hugo Sachs bemängelt die Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß auch bei den Rektoren die Gewährung der Alterszulagen schablonenmäßig nach dem Lehrer-Dienstalter erfolgen soll. Außerdem regt er die Aufbesserung des Anfangsgehalts der Lehrerinnen an; der Unterschied, den man bisher in dieser Richtung zwischen Lehrerinnen und Lehrern mache, sei zu groß.

Die Vorlage wird einem Ausschusse von 15 Personen überwiesen.

Die sog. „Judenwiesen" zwischen der Levetzowstraße und der Spree jenseits der Hansabrücke sollen durch eine Terraingesellschaft „Neues Hansaviertel" der Bebauung erschlossen und zu diesem Zwecke durch die Anlegung einer 5 Meter breiten Fußgängerbrücke über die Spree im Zuge der Straße „Siegmundshof" mit dem Thiergarten, der Charlottenburger Chaussee 2c. in bequemere Verbindung gebracht werden. Die Gesellschaft will die Brücke auf eigene Kosten bauen; die Stadt soll sie dann in ihr Eigenthum und in dauernde Unterhaltung übernehmen.

Die Vorlage geht auf Antrag Dinse an einen Ausschuß.

Dem Beschluß der Versammlung vom 29. April, daß der Magistrat wegen Miethung von Räumen zu Bureauzwecken sich mit dem Besitzer der Grundstücke Neue Friedrichstraße 9/10 in Verbindung setzen soll, erklärt der Magistrat, nicht beitreten zu können, da die betreffenden neuen Gebäude erst anfangs 1898 fertig werden, so lange aber die bekannte Nothlage nicht fortdauern kann. Er hat sich inzwischen um Gewinnung anderweiter Bureauräume bemüht und auch 10 Offerten erhalten, die aber nach seiner Ansicht sämmtlich nichts Annehmbares bieten, infolge dessen kommt er auf seinen ursprünglichen Vorschlag zurück, die qu. Räume in dem Grundstück Heiligegeiststraße 13—14 und Burgstraße 17—18 zu miethen. Hier ist inzwischen die 3. Etage größtentheils anderweit vermiethet worden; es soll daher die II. Etage und der nach der Burgstraße belegene Theil der IV. Etage, zusammen 1998 Quadratmeter, für 36 000 M. jährlich auf 5¼ Jahre gemiethet werden.

Stadtv. Deter beantragt die Ablehnung der Vorlage und die nochmalige Verhandlung mit dem Besitzer von Neue Friedrichstraße 9/10.

Stadtv. Wallach hält es nach der bestimmten Erklärung nicht für zulässig, einfach die Vorlage abzulehnen, sondern will Ausschußberathung.

Stadtrath Borchardt bittet um thunlichste Beschleunigung der Angelegenheit.

Stadtv. H. Sachs verbleibt dabei, daß die für die Räume in der Burgstraße geforderte Miethe viel zu hoch ist, und bedauert, daß der Magistrat auf den bescheidenen Wunsch der Versammlung nicht eingegangen ist.

Stadtv. Meyer spricht in gleichem Sinne, während Stadtv. Wohlgemuth für Ausschußberathung eintritt.

Die Vorlage wird schließlich abgelehnt.

Schluß 8 Uhr.

* * *

Das würdige Monument in Erz. Die „Voss. Ztg." berichtet: Die Simon Blad'sche Denkmalsangelegenheit wird nochmals das Magistratskollegium beschäftigen. Wie erinnerlich, hat der im Februar v. J. hier verstorbene Rentier Blad die Städte Berlin, Mainz und Bingen zu Universalerbinnen seines mehr als fünf Viertel Millionen betragenden Vermögens dergestalt eingesetzt, daß Berlin die eine Hälfte, Mainz und Bingen die andere Hälfte erhalten. Der Nachlaß soll zur Gründung einer Stiftung zwecks Belohnung hervorragender Leistungen auf dem Gebiete der Kunst, der Wissenschaft und des Handwerks verwendet werden. Der Kaiser, dem der Magistratsantrag auf Ertheilung der landesherrlichen Genehmigung der Zuwendung, andererseits aber auch ein Immediatgesuch der Schwester Blad's, Frau Haubitzober, die die Rechtsgiltigkeit des Testaments anzufechten sucht, vorliegt, soll dem Vernehmen nach nicht abgeneigt sein, die wohlthätige Stiftung zu genehmigen, zumal der Verstorbene seine Schwester mit einem auskömmlichen Legat bedacht und sie außerdem im Prozeßwege noch 90 000 M. erstritten hat. Bedenken soll mit Rücksicht auf den Lebenswandel des Erblassers nur die Bestimmung erregt haben, wonach die Stadt Berlin verpflichtet sein soll, Herrn Blad am Kolumbarium zu Friedrichsfelde auf besonderem Bestattungsplatze ein „würdiges Monument in Erz" und zwar „in ganzer Figur" errichten zu lassen. Wegen dieser Bestimmung, die man vielfach so aufgefaßt hat, als habe Herrn Blad ein „lebensgroßes Denkmal" vorgeschwebt, hat der Oberpräsident auf Anordnung des Kaisers beim Magistrat Nachfrage gehalten, in welcher Weise man dieser Bedingung zu entsprechen gedenkt. Der Magistrat hat sich in dieser Frage mit dem Nachlaßpfleger Rechtsanwalt Hamburger ins Einvernehmen gesetzt, da gegen das Testament nicht verstoßen werden darf. Nun ist man in juristischen Kreisen nicht zweifelhaft darüber, daß es verschiedene Wege giebt, dem Testament ohne „Denkmal" im eigentlichen Sinne gerecht zu werden; es kann z. B. eine in den Grabstein eingelassene Erztafel mit dem Reliefbild des Verstorbenen zweifellos als ein „würdiges Monument in Erz" betrachtet werden. Diese Art von Grabmälern entspricht sogar dem im ganzen Reiche herrschenden Gebrauche; denn eigentliche Denkmäler wird man hier auf Kirchhöfen nirgends finden. Daß der Testator selbst auf das Wort „Denkmal" kein Gewicht hat legen wollen, ergiebt sich übrigens aus seinen weiteren Vorschriften über die Pflege und Ausschmückung des Grabes, wo Herr Blad ausdrücklich von seinem „Grab- oder Denkmal" spricht. Die Verhandlungen über die Art der Ausführung jener Testamentsklausel schweben zwar noch, indeß dürfte die Angelegenheit schon in einer der nächsten Magistratssitzungen zum Vortrag kommen und dann wohl in kürzester Frist mit der Gründung der „Simon Blad-Stiftung" ihren Abschluß finden.

Die städtische Parkdeputation hat am Mittwoch unter Vorsitz des Stadtraths Kochhann beschlossen, sofern die städtischen Behörden die dringende Nothwendigkeit erkennen, ihnen die Verlängerung des Fahrdammes der Mohrenstraße über den Wilhelmsplatz nach der Voßstraße nach einem Entwurf des Gartenbaudirektors Mächtig in der Weise zu empfehlen, daß der Damm auf beiden Seiten des Platzes in einer Kurve um die Denkmäler Zietens und des Alten Dessauers herumgeführt werde. Ferner beschloß die Deputation auf mehrfache beim Magistrat eingegangene Petitionen wegen Genehmigung zum Ausschank von Milch im Friedrichshain, da hierfür ein Bedürfniß vorzuliegen schien, ein öffentliches Ausschreiben zu diesem Zwecke zu bewirken. Auch im Waldeckparke ist einem Unternehmer zum Ausschank von Milch, insbesondere zur Erquickung für die dort spielenden Kinder, die Genehmigung ertheilt worden.

In diesem Jahre läuft die Wahlzeit der Mitglieder und Mitglieder-Stellvertreter der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission ab, so daß für die Verwaltungsperiode 1. April 1898/1901 die Neuwahlen stattzufinden haben. Für diese Kommission sind von der Stadtverordneten-Versammlung zu wählen 4347 Mitglieder und 968 Stellvertreter, während von der königl. Steuerdirektion zu ernennen bleiben 3956 Mitglieder und 963 Stellvertreter.

Lokales.

Die Buchdrucker der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt veranstalten am 18. Juni in dem gesperrten Lokale von Zimmermann, Lindenstr. 105, eine Jubiläumsfeier. Die Theilnehmer sind alle gewerkschaftlich organisirt, achten aber augenscheinlich wenig auf die Beschlüsse der Berliner Arbeiterschaft. Die Lokal-Kommission. J. A.: Oskar Mahle, Prinzenstr. 8.

Der Kapitalistenstaat, der doch schon so viel für die „Arbeitgeber" gethan hat, daß ihm zu thun sonst nichts mehr übrig bleibt, ist dem modernen Baulöwenthum immer noch nicht forsch genug. Die fragwürdigen Existenzen des Unternehmerthums rasen. Aus Anlaß der gegenwärtigen Lohnbewegung der Maurer, die darauf hinausgeht, einen Stundenlohn von sechzig Pfennigen zu bekommen, singt auch die „Baugewerks-Zeitung" ein herzerweichendes Klagelied. Die Polizei soll das Unmögliche leisten und die Streikbrecher noch energischer schützen, als bisher geschehen. Was nützt es, so fragt das genannte Blatt, wenn die Polizei nach vollbrachter That einige Rädelsführer herausgreift und abstraft? Die Geldstrafen bezahlt die Streikkasse und Gefängnißstrafen haben für diese Elemente nichts besonders Abschreckendes. Wenn das Blatt mit letzterer Behauptung recht hat, so beweist es damit nur, wie nothwendig es ist, daß die Arbeiter ihr Leben derart erträglich gestalten, daß das Gefängniß ihnen hinfort schlechter bekommt, als die jetzige „Freiheit", die darin besteht, sich im Sommer bis aufs Blut abzuschinden und im Winter zu verhungern. Das sollten die „Rädelsführer" des Unternehmerthums, um bei einem in Kapitalistenkreisen außerordentlich beliebten Ausdruck zu bleiben, sich merken. Wenn der Staat wirklich so wahnsinnig wäre, die ausständigen Arbeiter zu Ehren des Baugauunerthums etwa rädern und hängen zu lassen, so würde auch damit die Situation nicht im geringsten „gebessert" werden.

Die brave „Staatsbürger-Zeitung" hat mit Gretchens Mutter die Eigenschaft eines gar seinen Geruches gemein. Wie diese es jedem Möbel ansah, ob das Ding heilig sei oder profan, so wittert der ehemalige Ahlwardt-Moniteur manchmal an den harmlosesten Orten je nachdem entweder Antisemitismus oder Philosemitismus. In ihrer letzten Nummer steht zur Veränderung zu lesen: „Der „Vorwärts" scheint neuerdings stark in Antisemitismus zu machen. Er schreibt: Befremdliches Aufsehen erregte es dieser Tage, daß beim Umzug der Baumwollfirma Friedländer u. Maß von der Heiligegeiststr. 5 nach Bischofstr. 8 nicht weniger als vierzehn Soldaten vom Alexander-Regiment beschäftigt wurden." — Wo in dieser Notiz der Antisemitismus steckt, verräth das wunderliche Blatt leider nicht und daher müssen wir die „Staatsb.-Ztg." schon bitten, sich deutlicher darüber zu erklären, wie wir zu der zweifelhaften Ehre kommen, gerade Arm in Arm mit ihr das Jahrhundert in die Schranken zu fordern.

Vom Kaiser Wilhelm II. Ueber die Wohlthätigkeitsbazare, die der „Vorwärts" so oft als schwindelhafte Eitelkeitsmärkte gekennzeichnet hat, soll der deutsche Kaiser sich absprechend geäußert haben. Wenigstens meldet der „Rheinische Kourier" aus Wiesbaden:

„Als der Kaiser hier beim Besuch der Ringkirche vom Pfarrer Lieber hörte, daß ein hiesiger Bürger 125 000 M. für ein zu errichtendes Gemeindehaus gespendet hat, bemerkte er: „Das ist etwas Schönes, das freut mich, das ist doch etwas ganz anderes als diese Bazare." Der Kaiser ließ keinen Zweifel darüber, daß ihm die Bazarwohlthätigkeit höchst unsympathisch ist. Er erinnerte an ein Wort des verstorbenen Generalsuperintendenten Büchsel, der sich in drastischer Weise über diese Art Wohlthätigkeit ausgelassen hat. Bei dieser Gelegenheit sprach der Kaiser den Wunsch aus, daß auch hier der Versuch gemacht werde, protestantische Gotteshäuser an Wochentagen geöffnet zu halten, womit man in Berlin gute Erfahrungen gemacht habe. „Meine Frau," so bemerkte der Kaiser, „hat aus ihrer eigenen Tasche Mittel zur Verfügung gestellt, damit an zwei Nachmittagen in der Woche der Organist spielt, und das hat viele Leute herangezogen. Ich habe Briefe gelesen von Frauen aus dem Volke, darunter auch solche von Frauen von Sozialdemokraten, welche meiner Frau ihren Dank für die Einrichtung ausgesprochen haben."

Erst vor wenigen Wochen ging eine Notiz durch die gutgesinnte Presse, nach welcher das Oeffnen der protestantischen Kirchen an Wochentagen meist erfolglos gewesen sei und vor acht Tagen klagte die „Deutsche Tagesztg." über die Gottlosigkeit: „Kein einziger Abendsmahlsgast meldete sich am Sonntag nach dem Festgottesdienst in der Garnisonkirche, obgleich von der Kanzel herab auf die nachfolgende Abendmahlsfeier hingewiesen war, — ein Beweis für die Thatsache, daß der religiöse Sinn immer mehr im Volke abnimmt." Erwähnenswerth ist noch, daß der Kaiser den in einigen Kirchen aufgeführten Gratiskonzerten Bedeutung beizulegen scheint und sich dabei auf Dankschreiben von Frauen sozialdemokratischer Männer stützt. „Nach unserer Erfahrung ist der sich noch stetig vermindernde Einfluß, den die evangelische Kirche auf das arbeitende Volk ausübt, heute bereits von kaum nennenswerthem Belang. Wir haben bekanntlich nicht die geringste Ursache, dieser Kirche irgendwie zur Hilfe zu kommen, aber die hübschen Orgelkonzerte sind von uns für so harmlos gehalten worden, daß wir bisher gerne die uns vom Organisten zugesandten Hinweise abgedruckt haben und dies auch in Zukunft mit Vergnügen thun werden. Die Opfer, die uns etwa durch eine Bach'sche Fuge entrissen werden, wollen wir in Seelenruhe preisgeben.

Automaten-Geheimnisse. Ein Kriminalmuseum eigener Art und eine seltene „Münzsammlung" besitzt die Direktion der Gesellschaft für automatischen Verkauf. Biermarken aller Brauereien und Kneipen, Unterlagsplatten von Konsumvereinen und Kantinen, selbst aus der Reichsdruckerei, Münzen aus aller Herren Länder, zurechtgehämmert, gefeilt, gebogen und gespalten, alles müssen die Kassen der Automaten stumm annehmen. Bei den Versuchen, stecken gebliebene Falschstücke oder auch ehrliche Nickelstücke herauszuholen, fallen dem Automaten auch Haarnadeln, Streichhölzer, zerbrochene Messerklingen u. s. w. anheim. Am ärgerlichsten für die Gesellschaft sind die Blechmarken, die eine Kottbuser Musikautomatenfabrik zur Vertheilung an Kellner anfertigen läßt, um ihre Automaten ohne Kosten zur Reklame spielen lassen zu können. Erfreulicher sind schon die österreichischen Zwanzighellerstücke mit einem etwas höheren Werth als unsere Groschen, aber genau so groß wie diese. Die einfach zu dem Zwecke, die Automaten zu bestehlen, gefälschten Groschen haben wenigstens das Gute, daß sie den Betrieb der Automaten nicht stören, was verbogene und fremde Stücke leicht thun. Der dem Spitzbuben folgende ehrliche Käufer kann dann nicht bedient werden. Wie schwierig die Herstellung von Automaten ist, geht daraus hervor, daß es nicht weniger als 13 an Größe und Stärke verschiedene Groschensorten giebt, eine Thatsache, die selbst dem königlichen Münzwardein unbekannt war und erst von den Feinmechanikern der Gesellschaft ermittelt wurde. Alle dreizehn Größen aber muß der Automat durchlassen. Es läßt sich denken, daß da manches Ungehörige durchschlüpft. Trotz aller Schwierigkeiten kommt aber nur eine Störung auf 11 000 Verkäufe. Welcher Umsatz durch die Automaten vermittelt wird, läßt sich daraus ermessen, daß einzelne Apparate auf dem Bahnhof Friedrichstraße durchschnittlich im Tag 12 000 Fahrkarten verkaufen, an einzelnen verkehrreichen Tagen noch mehr. Am Zoologischen Garten bringen es die Automaten auf 8000 Verkäufe täglich im Durchschnitt. Der Verkehr auf der Stadtbahn läßt sich ohne Automaten kaum mehr denken, es würde schon an Raum für die erforderlichen Schalter mangeln. Den Schaden der Gesellschaft aus den Betrügereien schätzt diese auf 2500 M. jährlich. Von Zeit zu Zeit versenkt der Direktor der Gesellschaft seinen Vorrath falscher Nickelstücke an einer verschwiegenen Stelle selbst in die Spree, damit nicht von neuem Unfug damit getrieben werde.

Das Berühren von Backwaaren mit den Händen sowohl in den Räumen der Verkäufer als auch im Haushalt oder im Wirthschaftsbetrieb ist eine so heikele Sache, daß man es nur durch die alles ausgleichende Macht der Gewohnheit erklären kann, wenn jedermann dieselbe dennoch ruhig hinnimmt. Nach der „National-Ztg." scheint endlich ein Verfahren gefunden zu sein, durch welches dem beregten Mißstand abgeholfen werden kann. Eine Firma in Hannover ist nämlich dazu übergegangen, dem Brote eine Schale zu geben, wie die Wurst eine Haut hat. Diese Schale besteht aus einer Papierhülle, welche dem Gebäck in dem Augenblick straff übergezogen und an den Enden zugebunden wird, wo dasselbe den Backofen verläßt. Beim Verbrauch reißt oder schneidet man diese Papierhülle ab, ganz oder theilweise, letzteres natürlich nur in dem Umfange, wie er der Größe des abzuschneidenden Stückes Brot entspricht. Die erwähnte Firma hat ihre Idee durch Gebrauchsmuster sich schützen lassen.

Die ersten Werderschen Kirschen und Erdbeeren sind am Donnerstag Morgen gegen 2 Uhr früh, nachdem sie am Mittwoch Abend um 6 Uhr per Dampfer von Werder abgegangen waren, in der Dorotheen-Markthalle eingetroffen und haben sofort lebhaften Absatz gefunden. An Kirschen sind nur erst gegen 400 „Tienen", wie die bekannten Obstgefäße der Werderschen heißen, angekommen.

Straßenbahnen. Die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft hat dem Magistrat einen Entwurf zum zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn in der Belleallianceстraße zwischen Kreuzberg- und Fidicinstraße zur Genehmigung überreicht. — Die Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Nürnberg hat nach einem Uebereinkommen mit der Grunderwerbs- und Baugesellschaft in Berlin den Bau und Betrieb der von dieser Gesellschaft geplanten elektrischen Straßenbahn von der Petersburger Straße nach Hohen-Schönhausen, deren Genehmigung bei den zuständigen Behörden nachgesucht ist, übernommen.

Eine Erhöhung der Sicherheitsmaßregeln im Eisenbahn-Verkehr tritt mit dem 1. Juli d. J. für alle deutschen Eisenbahnen in kraft. Die Steigerung der Fahrgeschwindigkeit bedingt eine vermehrte Sorgfalt in bezug auf Instandhaltung des rollenden Materials. Die bisher vorgeschriebene nur alle drei Jahre, bezw. nach der Zurücklegung von 30 000 Kilometern sich wiederholende Revision der Eisenbahn-Wagen hat sich als ungenügend erwiesen, so daß die Revisionstermine verkürzt werden müssen. Bei dem vorzugsweise in Schnellzügen laufenden Wagenmaterial wird nunmehr die Frist vom 1. Juli ab sechs Monate, bei den übrigen Wagen dagegen ein Jahr betragen. Nur für Güterwagen wird die bisherige dreijährige Revisionspause auch fernerhin beibehalten.

Recht unangenehme Erfahrungen hat das reiselustige Publikum zu Pfingsten auf dem neu erbauten Bahnhofe Gesundbrunnen machen müssen, Erfahrungen, welche die Freude der Nordländer an dem am 1. Mai d. J. dem Verkehr übergebenen Bahnhof bedeutend herabgestimmt haben. Wie zu erwarten stand, war auch hier der Andrang des fahrlustigen Publikums ein gewaltiger. Trotzdem nun in weiser Vorsicht drei Billetschalter eingerichtet sind, war doch nur ein Schalter geöffnet, an welchem einzig und allein die Fahrkarten für die Vorortzüge, sowie für den Fernverkehr der Stettiner und der Nordbahn verkauft wurden. Vor diesem Schalter drängte sich nun in wildem Chaos eine nach hunderten zählende Menschenmenge und kämpfte um die Erlangung einer Fahrkarte. Nicht wenige der Fernreisenden, die sich glücklich bis nach vorn durchgearbeitet hatten, mußten unverrichteter Sache wieder abtreten, da der fällige fahrplanmäßige Zug mittlerweile bereits abgedampft war, Fahrkarten zu diesem demzufolge nicht mehr erhältlich waren und solche für den nächsten fahrplanmäßigen Zug noch nicht verausgabt wurden. Der Unwille des Publikums über derartige Vorkommnisse ist wohl verständlich. Was nützt der ganze schöne Bahnhof, wenn man ihn nicht benutzen kann?

Herr Harden bestätigt in einer Zuschrift an „Die Zeit", daß er am Tage der Freisprechung des Tausch das alberne „Glückwunsch-Telegramm" an den Staatssekretär v. Marschall abgesandt hat. Nur will er keine Ahnung davon gehabt haben, daß auch Herr v. Tausch in die Kneipe kommen würde, in die einige Damen und Herren zu einem Trunk von ihm eingeladen waren. Danach haben die Herren v. Tausch und Harden am Freisprechungstage noch keine Brüderschaft miteinander getrunken.

Verzweiflungsthat einer Mutter. Zu einer entsetzlichen That hat die Verzweiflung die Sattlersfrau Rosina Schaar getrieben; die im Alter von 35 Jahren stehende Frau hat mit zwei ihrer Kinder den Tod im Wasser gesucht. Frau Schaar, geb. Schulzke, stammt aus dem Kreise Rothenburg und war seit neun Jahren mit dem Sattler A. Schaar verheirathet. Die Ehe, aus der ein achtjähriger Sohn Robert und zwei Töchter, die sechsjährige Wanda und die erst acht Monate alte Elisabeth, hervorgingen, war unglücklich, weil der Mann in der Regel den Wochenverdienst zum größten Theil vertrank. Seit fünf Vierteljahren wohnte die Familie im Hause Dennewitzstr. 29. Wiederholt beklagte sich Frau Schaar anderen Frauen aus dem Hause gegenüber über ihren Mann. Sie mußte schwer arbeiten, um durch Waschen und Plätten auch nur das Nöthigste für ihre Kinder und sich selbst zu erwerben. Am Sonnabend gegen 7½ Uhr sahen Hausbewohner, daß Schaar wieder betrunken nach Hause kam, und hörten bald, wie er in seiner Wohnung laut schimpfte. Dieser Auftritt hat wohl der Frau den letzten Anstoß zu ihrer Verzweiflungsthat gegeben. Um 9¼ Uhr sah man sie mit ihren drei Kindern weinend die Treppe hinuntergehen. Das kleinste Mädchen hatte sie in ein Tuch eingewickelt und mit einer Schürze bedeckt, das älteste und der Knabe gingen hinter der Mutter her. Sie schlug den Weg nach dem Landwehrkanal zu ein. Den Sohn schickte sie bald nach Hause zurück, er blieb nun beim Vater. Dieser wurde schließlich unruhig, als die Frau mit den beiden Kindern nicht wieder kam, und suchte nun nach ihr. Die verzweifelte Frau war mit den beiden Töchterchen wohl geraden Weges in den Kanal gegangen und hat dort mit ihnen den gesuchten Tod gefunden. Unter den zahlreichen Leichen, die das Wasser in den letzten Tagen wiedergab, befanden sich auch die der drei Opfer dieser Familientragödie; man landete sie an der Möckern- und Schöneberger-Brücke und der Schleuse im Thiergarten. So fand jetzt das Verschwinden der Unglücklichen eine traurige Aufklärung.

Von einem Radfahrer überfahren und schwer verletzt wurde gestern, Donnerstag, Nachmittag um 3 Uhr der 53 Jahre alte Arbeiter Dombrowsky aus der Motzstraße Nr. 17 zu Schöneberg. Der Mann wollte von der Oranienstraße nach der Jerusalemer Kirche hinübergehen. Da kam von der Kommandantenstraße her ein Radfahrer die Lindenstraße entlang gefahren, rannte Dombrowsky um und ging mit dem Rad über sein rechtes Schienbein hinweg. Ohne sich weiter um den Ueberfahrenen, der laut jammernd auf dem Pflaster lag, zu kümmern, jagte der Radfahrer nach dem Belleallianceplatze zu davon und konnte daher nicht festgestellt werden. Leute, die dazu kamen, holten von der Wache des 89. Reviers in der Lindenstraße einen Schutzmann, der den Verletzten nach dem Krankenhaus am Urban brachte, nachdem man ihn in eine Droschke gehoben hatte.

Straßensperrung. Zwecks Umänderung von Geleiseanlagen werden folgende Straßen bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt: a) die Königstraße zwischen Kloster- und Spandauerstraße, jedoch ausschließlich der beiden Kreuzdämme. b) der hohe Steinweg. c) die Jüdenstraße zwischen König- und Rathhausstraße. Außerdem wird die Demminerstraße von der Putbuserstraße inklusive des Kreuzdamms bis zur Swinemünderstraße inklusive des Kreuzdamms behufs Asphaltirung bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Das Befinden der nach dem Brande der Chemischen Fabrik vorm. Schering an Rauchvergiftung erkrankten sechzig Angehörigen der Feuerwehr hat sich im allgemeinen gebessert. Bei vielen hat sich Appetitlosigkeit und große Abnahme des Körpergewichts bemerkbar gemacht, so daß für sie eine längere Enthaltung vom Dienst zu vollständiger Genesung nöthig werden wird. In einzelnen Fällen befürchtet man den Eintritt von Dienstuntauglichkeit.

Ueberfall. Vorgestern gegen 11 Uhr abends wurde der Petristraße 30 wohnende Kaufmann Heidenreich zwischen Burgstraße und Molkenmarkt von zwei bisher noch nicht ermittelten Personen über-

fallen und mit Messern oder anderen spitzen Gegenständen schwer am Kopf, Hals und Rücken verletzt.

Ahlwardt u. Co. Der Reichstags-Abgeordnete Ahlwardt wird, wie ein Berichterstatter aus sicherer Quelle meldet, in allernächster Zeit in Berlin ein — Zigarrengeschäft aufmachen. Da er selbst bekanntlich „nichts nich haben darf", steht hinter ihm ein als wohlhabend bekannter Gesinnungsgenosse. Der Rektor a. D. wird in eigener Person Verkäufer sein.

Selbstmord. Gestern Nacht gegen 2½ Uhr wurde unterhalb der Marschallbrücke ein Mann ohne Rock und Kopfbedeckung im Wasser treibend bemerkt, der laute Hilferufe ausstieß, aber ehe ihm noch Hilfe gebracht werden konnte, unterging. Da am Treppengeländer eine Mütze und ein Jacket vorgefunden wurden, scheint es ein Selbstmörder gewesen zu sein, und zwar nach dem im Jacket aufgefundenen Notizbuch der Tischler Franz P., der bisher in der Forsterstraße wohnte.

Erhängt hat sich der 44 Jahre alte Schutzmann Schmag in seiner Wohnung Liegnitzerstr. 7/8. Er soll seit längerer Zeit magenleidend gewesen sein.

Im Laufe des gestrigen Tages fanden zwei unbedeutende Feuer statt, darunter wiederum eins durch Selbstentzündung von Preßkohlen auf dem Kohlenplatze Greifswalderstr. 162.

Theater. Im Schiller-Theater beginnt jetzt die Ausgabe neuer Abonnementshefte für das erste Quartal der neuen Spielzeit 1897/98. Die Abonnementshefte enthalten 6 Eintrittskarten, gültig für einen beliebig zu wählenden Wochentag in vierzehntägigem Turnus. Jeder Abonnent hat Anspruch auf 6 verschiedene Vorstellungen. Wir werden ersucht, besonders darauf aufmerksam zu machen, daß für die nächste Spielzeit auch Logenplätze im Abonnement vergeben werden. Die neue Posse „Papa Rixische" von Walther und Stein kommt heute zur Wiederholung. — Eifrige Proben finden jetzt täglich im Zentral-Theater zu der am Dienstag, den 15. Juni stattfindenden Première der fünfaktigen Komödie von Arno Holz „Sozialaristokraten" statt. Diese vielbesprochene Komödie ist, wie der Verfasser in der Vorrede seines Werkes bekanntlich mittheilte, das erste Stück einer geplanten großen Reihe von Bühnenwerken, die, wie ihr Gesammttitel „Berlin, das Ende einer Zeit in Dramen", bereits andeutet, zusammengehalten durch ihr Milieu, alle Kreise und Klassen spiegelnd, nach und nach ein umfassendes Bild unserer Zeit geben sollen.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Tempelhof, Mariendorf, Lankwitz und Südende werden auf die am Montag, den 14. Juni, abends 8½ Uhr, in Südende im Lokale des Herrn Holtz, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Es ist in dieser Ortschaft das erste Mal, daß ein Wirth uns seine Räume zur Verfügung stellt, also eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden kann, und es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um die Versammlung zu einer stark besuchten zu machen. Das Referat hat der Abgeordnete des Kreises, unser Parteigenosse Fritz Zubeil übernommen. Alles Nähere am Sonntag durch Inserat und Plakat. Der Vertrauensmann.

Aus Rixdorf. Unter dem Verdacht, ein Sittlichkeitsattentat gegen zwei Kinder eines hiesigen Schuhmachermeisters verübt zu haben, wurde hier der Hausdiener Hermann S. aus der Böckhstraße in Berlin verhaftet. — In große Betrübniß wurde gestern eine in der Hermannstraße wohnhafte Arbeiterfamilie versetzt. Der Vater hatte unvorsichtigerweise ein Gefäß mit Salzsäure auf dem Fußboden stehen lassen und das 2½jährige Kindchen der Eheleute trank davon. Obwohl ärztliche Hilfe schnell zur Stelle war, ist es fraglich, ob das junge Leben wird erhalten werden können. — Aus unbekannten Gründen hat sich ein Sattlermeister aus der Bergstraße durch Erhängen entleibt. — Wie segensreich die seit dem 1. April dieses Jahres im ganzen Kreise Teltow eingeführte Fleischschau wirkt, zeigt das Beispiel unsers Ortes. In den Monaten April und Mai wurden von den Thierärzten als gesundheitsschädlich beanstandet und auf polizeiliche Anordnung vernichtet: 14 Kühe, 1 Ochse, 4 Kälber, 6 Schweine, ferner 800 Lungen, 60 Lebern und andere innere Organe in großer Anzahl. In den Vorjahren wurden insgesammt höchstens 12—15 Schlachtthiere jährlich beanstandet und vernichtet.

Der Sportpark Friedenau-Wilmersdorf hat der Eisenbahn-Direktion Anlaß gegeben, die Welt mit Brettern zu vernageln. An Sonn- und Feiertagen sammelten sich auf dem Bahnhof Wilmersdorf stets hunderte von Personen an, welche von dort aus den Rennen auf dem Sportplatze beiwohnen wollten und den Bahnkörper belagerten. Hierdurch entstanden nicht nur Unbequemlichkeiten für mitfahrende Passagiere, sondern es lag auch die Gefahr einer ernsteren Katastrophe nahe. Die Eisenbahn-Direktion hat nunmehr an der Seite des Bahndammes einen hohen Zaun ziehen lassen, welcher die Möglichkeit, den Sportpark vom Bahnhof aus zu beobachten, vollständig beseitigt.

Auf eigenthümliche Weise starb gestern Abend der Buchhalter Maaß aus Wilmersdorf im Komptoir des Spediteurs Knauer, Wichmannstr. 5. Am Schreibpulte sitzend wurde er von epileptischen Krämpfen befallen, taumelte gegen ein Fenster und fiel mit dem Kopfe gegen die Scheibe, deren Scherben ihm die Schlagadern des Halses durchschnitten. Trotz sofort zugezogener ärztlicher Hilfe trat alsbald der Tod ein.

In den Getreidefeldern beginnen jetzt die Kornblumen zu blühen. Da alljährlich beim Pflücken derselben besonders in der Umgegend von Berlin die Felder bis tief hinein arg zerstört worden sind, so wird jetzt von den Ackerbesitzern auf das Kornblumenpflücken sehr scharf acht gegeben.

Gerichts-Zeitung.

Ein Nachspiel zur Torgauer Wahl beschäftigte gestern die 4. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwalts Kube zu Torgau hatten sich der Schriftsteller Heinz Krieger, der Buchdruckereibesitzer Ferdinand Stephan und der Obsthändler Karl Friedrich Lässig vor der genannten Strafkammer zu verantworten. Der erste Angeklagte war Leiter der Wahlbewegung in Torgau, welche schließlich zum Siege des freisinnigen Herrn Knörke führte. Am 13. März fand in Torgau die großes Aufsehen erregende Gerichtsverhandlung gegen die fünf Referendare statt, welche dem Oberlehrer Nauendorf durch den Garnison-Auditeur Volley eine Herausforderung zur Duellprügelei hatten überbringen lassen. Die Verhandlung endete mit der Verurtheilung der Referendare zu je 3 Tagen Festungshaft, Nauendorf erhielt eine Ordnungsstrafe von 10 M. Nach Beendigung der Gerichtsverhandlung verfaßte der Angeklagte Krieger für die freisinnige Volkspartei ein Flugblatt, welches unter der Ueberschrift „Oberlehrer und Referendar" die Ergebnisse jener Verhandlung in drastischer Form behandelte und zu Parteizwecken zu verwerthen suchte. Bezüglich des Garnison-Auditeurs Volley sagte das Flugblatt: „Herr Volley befand sich nicht auf der Anklagebank. Sein Kollege im schwarzen Talar hat es offenbar nicht im öffentlichen Interesse liegend erachtet, den Kollegen im bunten Rock anzuklagen." Das Flugblatt schloß mit den Worten: „Am 24. März ist Reichstagswahl. Da wird das Bürgerthum die Antwort ertheilen auf das Verhalten der Herren von der besonderen Ehre." Der Angeklagte Krieger hatte dieses Flugblatt durch den Angeklagten Stephan drucken und durch den Angeklagten Lässig verbreiten lassen. — Der Staatsanwalt hielt den Inhalt des Flugblattes für schwer beleidigend für den Ersten Staatsanwalt Kube, dem der Vorwurf grober Pflichtverletzung gemacht werde. Der ganze Inhalt sei gehässig und verhetzend und deshalb beantrage er gegen Krieger sechs Wochen Gefängniß, gegen die beiden anderen Angeklagten je 100 M. Geldstrafe. Angeklagter Krieger bestritt entschieden jedwede beleidigende Absicht. Das Duell habe in der Wahlagitation eine große Rolle gespielt, die Gerichtsverhandlung habe in Torgau großes Aufsehen erregt und deshalb habe er ihre Ergebnisse in durchaus maßvoller Weise den Wählern vorgeführt. Er habe keinen Vorwurf gegen den Ersten Staatsanwalt erheben, sondern nur die nackte Thatsache konstatiren wollen, daß Hr. Volley nicht mit angeklagt war. — Justizrath Träger äußerte sich in ähnlichem Sinne, bestritt das Vorliegen einer Beleidigung und beantragte deshalb die völlige Freisprechung Krieger's, eventuell aber nur eine gelinde Geldstrafe. Eine Strafbarkeit der beiden Mitangeklagten sei absolut nicht zu erkennen. — Der Gerichtshof hielt den Inhalt des Artikels für beleidigend und verurtheilte Krieger zu 50 M., Stephan zu 10 M., Lässig zu 5 M. Geldstrafe.

Eine unerwartete Freisprechung wegen Störung des Gottesdienstes erzielten die beiden Glaser Karl Werdo und Ernst Rochow vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I. Am Abend des 17. Februar versuchten die Angeklagten durch die Sakristeithür der Heiligen Kreuzkirche Einlaß zu finden und wurden durch einen Kirchendiener fortgewiesen. Bald darauf betraten sie durch eine offen stehende Thür die Kirche und Werdo mußte erst durch einen Kirchendiener darauf aufmerksam gemacht werden, die brennende Zigarre aus dem Munde zu nehmen. Außerdem ließen Beide ironische Redensarten fallen, die nach Ansicht des Staatsanwalts wohl in einer Kneipe, aber nicht in der Kirche angebracht waren. Gegen Werdo wurden vierzehn Tage Gefängniß beantragt. Der Gerichtshof berücksichtigte den angetrunkenen Zustand, in dem sich damals die Angeklagten befanden, und somit nicht dies Bewußtsein hatten, ob sie durch ihr unpassendes Benehmen eine Störung des Gottesdienstes veranlassen konnten. Die Aeußerungen waren nicht mit überlauter Stimme gefallen und wurden nur vom Kirchendiener vernommen. Da derartige Rücksichtslosigkeiten noch nicht den Thatbestand der Störung des Gottesdienstes erfüllen, wurde gegen beide Angeklagte auf Freisprechung erkannt.

Mutter und Tochter befanden sich gestern auf der Anklagebank vor der VIII. Strafkammer des Landgerichts I. Die Erstere, die befahrte Wittwe Rosalie Streicher ist mehrfach wegen Ladendiebstahls vorbestraft. Sie sollte jetzt wiederum Ladendiebstähle ausgeführt haben, und zwar in Gemeinschaft mit ihrer Tochter, der unverehelichten Marie Streicher. Die letztere geberdete sich vor Gericht in einer Weise, daß auch ein Laie sie als geisteskrank erkennen mußte. Sie redete unter wirren Blicken und den heftigsten Bewegungen allerlei Unzusammenhängendes. Besonders häufig kam der Name „Haberstroh" über ihre Lippen, „dieser Schuft, der ihr alles, auch ihre Briefe geraubt habe", die sie wieder haben wolle. Der Vorsitzende, Landgerichtsrath Reinecke, sah bald ein, daß mit der Unglücklichen nicht zu verhandeln war. Der medizinische Sachverständige begutachtete, daß die Angeklagte das Opfer eines Polizeibeamten namens Haberstroh geworden sei, der sie vergewaltigt habe. Derselbe sei dafür schwer bestraft worden. Seit dieser Zeit sehe die Angeklagte sich stets von diesem Haberstroh bedroht und verfolgt; sie sehe in ihm den Urheber aller ihrer schweren körperlichen und seelischen Leiden. Der Gerichtshof beschloß, das Verfahren gegen diese Angeklagte einzustellen und nur gegen die Mutter zu verhandeln. Die letztere, welche vom Rechtsanwalt Dr. Schwindt vertheidigt wurde, erzielte mangels hinreichenden Beweises ein freisprechendes Urtheil.

Unter der Anklage der Kindesaussetzung stand gestern die unverehelichte Nätherin Pauline Stolzenburg vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Unter den Anzeichen heftiger Gemüthsbewegung schilderte die Angeklagte, wie sie zu der ihr zur Last gelegten Strafthat gekommen sei. Eine früher gemachte traurige Erfahrung habe ihr nicht als Warnung gedient. Sie habe einen Bräutigam gehabt, der ihr den Rücken wandte, als sie infolge ihres Umganges mit ihm im Oktober v. J. Mutter wurde. Sie hatte nun zwei kleine Kinder zu ernähren und redlich habe sie sich bemüht, dies während des Winters durch fleißiges Nähen zu bewerkstelligen. Aber ihre Arbeit sei so schlecht bezahlt worden. Sie sei immer tiefer in Noth gerathen. Am 27. Februar habe sie ihre Wohnung verlassen müssen, sie konnte die Miethe nicht zahlen. Da sie einsah, daß sie außer stande war, beide Kinder zu ernähren, habe sie sich an den ihr gestellten Vormund gewendet mit der Bitte, doch den Vater zu veranlassen, etwas für sein Kind zu thun. Der Vormund habe ihr den Bescheid gebracht, daß von dem Vater nichts zu holen sei, derselbe verdiene in der Fabrik kaum so viel, wie er selbst zum nothdürftigsten Lebensunterhalt gebrauche. Nun sei die Angeklagte zum Waisenrath gegangen mit der Bitte, ihr Kind doch im Waisenhause unterbringen zu wollen. Man habe ihr geantwortet, daß dies nur in solchen Fällen geschehe, wenn die Mutter nicht zu ermitteln sei. Dies sei für sie ein unbeabsichtigter Fingerzeig gewesen. Am 27. Februar habe sie sich in einem anderen Hause eine kleine Stube gemiethet und dann mit ihren wenigen Habseligkeiten die bisherige Wohnung verlassen. Vorher habe sie dem Vormund einen Brief geschrieben des Inhalts, daß sie genöthigt sei, ihr jüngstes Kind in der alten Wohnung schutzlos und ohne Pflege zurückzulassen, da sie außer stande sei, für dasselbe zu sorgen. Sie schicke dem Vormund den Schlüssel zu der alten Wohnung mit und bitte ihn herzlichst, das Kind holen und im Waisenhause unterbringen zu wollen. Da sie ihre neue Wohnung vorläufig geheim halte, so sei sie als Mutter ja nicht zu ermitteln und die ihr angedeuteten Voraussetzungen erfüllt. Die Angeklagte überwachte, daß Brief und Schlüssel auch von dem dazu beauftragten Knaben abgegeben wurden; dann entfernte sie sich. Die Frau des Vormundes beeilte sich, das hilflose Wesen zu holen und nach dem Waisenhause zu bringen. Die Angeklagte berief sich auf eine Zeugin darüber, daß sie kaum eine Stunde nach ihrer Entfernung von der alten Wohnung sich wiederum in die Nähe derselben begeben und gewartet hatte, bis sie eine Hausbewohnerin traf, die ihr über das Schicksal ihres Kindes Mittheilung machen konnte. Auch wies sie nach, daß sie häufig, wenn sie Arbeiten abzuliefern hatte, ihre Kinder über eine Stunde lang unbeaufsichtigt in der verschlossenen Stube hatte zurücklassen müssen. Der Staatsanwalt hielt aus dem Zusammenhange aller von der Angeklagten angeführten und erwiesenen Thatsachen nicht für dargethan, daß die Angeklagte ihr Kind in „hilfloser Lage" verlassen habe, was zum Begriffe der Kindesaussetzung erforderlich sei, er beantragte die Freisprechung, auf die der Gerichtshof auch erkannte.

Auf eine Anklage wegen versuchten Mordes hatte sich gestern das noch nicht achtzehnjährige Dienstmädchen Bertha Biebig vor der IX. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die Angeklagte diente bei dem Schlächtermeister Feige und hatte sich dort einige kleine Unredlichkeiten zu schulden kommen lassen. Sie hatte der Verkäuferin Anna Borchardt ein Paar wollene Strümpfe und ein leinenes Hemd gestohlen und der Diebstahl war entdeckt worden. Am 5 März wurden die vermißten Gegenstände hinter einem Schranke der Angeklagten vorgefunden und weil letztere den Diebstahl bestritt, holte die Bestohlene einen Schutzmann herbei. Dieser gab ihr den Rath, nachmittags auf das Revier zu kommen und den Diebstahl zu melden. Als der Nachmittag gekommen war, schenkte ihr die Angeklagte Kaffee ein, von welchem Frl. Borchardt die Hälfte trank. Dann wurde sie auf wenige Minuten in den Laden gerufen und als sie zurückkehrte und den Rest des Kaffees austrinken wollte, spie sie den ersten Schluck sofort wieder aus, da er einen höchst widerwärtigen Geschmack hatte. Es war ihr sofort klar, daß in ihrer kurzen Abwesenheit die Angeklagte etwas in den Kaffee gethan haben müsse. So war es denn auch; das Mädchen hatte aus einem Fläschchen verdünnte Zuckersäure, wie sie im Haushalte zum Putzen von Metall verwendet wird, einige Tropfen in den Kaffee gegossen. Frl. Borchardt hat körperlichen Schaden durch diesen Zwischenfall nicht erlitten. Der Gerichtshof sprach die Angeklagte sowohl von der Anklage des versuchten Mordes als auch der versuchten Tödtung frei. Zu einer Bestrafung wegen Körperverletzung fehlte ein Strafantrag und so blieb nur der Diebstahl übrig, den der Gerichtshof mit 3 Wochen Gefängniß ahndete. Die Strafe wurde als verbüßt erachtet.

Der Prozeß Tappert-Kerr wird am 21. Juni zur Verhandlung kommen. Auf Veranlassung des „Allgemeinen deutschen Musikerverbandes", dessen Organ er redigirte, hat auch Herr Lackowitz die Klage gegen Herrn Kerr angestrengt. Die beiden Sachen sind zusammengelegt worden. Wie das „Kleine Journal" mittheilt, hat Herr Tappert auch gegen den Feuilletonredakteur des „Berliner Tageblatt", Fritz Engel, die Beleidigungsklage eingereicht.

Die Untersuchung wider den Kunstschützen Krüger ist bereits zum Abschluß gebracht und dem Angeschuldigten die auf fahrlässige Tödtung lautende Anklage zugestellt worden. Die Haftentlassung wurde von der Beschlußkammer gelegentlich der Beschlußfassung über die Eröffnung des Hauptverfahrens angeordnet. Der Untersuchungsrichter hatte einen diesbezüglichen Antrag Krüger's wegen Fluchtverdachts abgelehnt, die Beschlußkammer war jedoch der Ansicht, daß die Höhe der zu erwartenden Strafe einen Fluchtverdacht nicht rechtfertige.

Wegen öffentlicher Beleidigung des Fuß-Gendarmen Donath in Rixdorf hatte sich der 67jährige Produktenhändler und Eigenthümer Ernst Pfändt vor dem Rixdorfer Schöffengericht zu verantworten. Wie wir berichteten, ist Pfändt erst kürzlich zu 200 M. Geldstrafe verurtheilt worden, weil er zwei Rixdorfer Gendarmen auf offener Straße des Meineids bezeichnete und ganz das gleiche Vorgehen wurde ihm diesmal bezüglich des Gendarmen Donath zur Last gelegt. Nach der Bekundung des genannten Gendarmen trat Pfändt am 2. Februar d. J. am Amtshause vor ihn hin und rief: „Ich werde Ihnen den Meineid schon beweisen! Sie können mich ruhig anzeigen, da mache ich mir einen — draus, das können wir noch bezahlen." Pfändt bestritt, diese Aeußerung gethan zu haben, wurde aber für schuldig erachtet und zu 300 M. Geldstrafe, ev. 60 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Für zehn Pfennig Salz. Ein Gerichtsberichterstatter schreibt: Gegen einen neuen Schwindel im Verkehr mit Nahrungsmitteln wird seitens der Polizeiverwaltungen mehrerer Vororte jetzt energisch vorgegangen. Es handelt sich nämlich um betrügerische Manipulationen beim Verkauf des unentbehrlichsten Nahrungsmittels, des Salzes, der Butter der Armen. In den Arbeitervierteln Berlins und der Vororte hat sich seit einiger Zeit bei vielen Kolonialwaarenhändlern und Materialisten die Gepflogenheit herausgebildet, das Salz in Düten abgewogen vorräthig zu halten. In der Regel fordern die Käuferinnen „ein Pfund Salz!" — „Schön meine Dame", oder „Schön gnädige Frau!" — erwidert der Verkäufer. — „Nicht wahr, für 10 Pfennig?" — „Ja!" sagt die Käuferin in der Meinung, der Verkäufer habe nur ihren Wunsch noch einmal präzisiren wollen, denn seit Alters her hat das Pfund Salz stets nur 10 Pf. gekostet. Wiegt aber die Käuferin das Salz zu Hause nach, so hat sie nur 440—450 Gramm in der Düte. Jetzt geht sie nun zum Krämer zurück, und beklagt sie sich über falsches Gewicht, dann wird ihr gesagt: „Ich habe Sie ja noch extra gefragt, ob Sie für 10 Pf. Salz wollten und Sie haben Ja gesagt. Für 10 Pf. giebt es aber nicht mehr, denn das Pfund Salz kostet 11 Pf. Derartige Fälle sind vielfach zur Kenntniß der Behörden gelangt, weil die Käufer sich für betrogen halten. Die Frage soll nun gerichtlich entschieden werden. Thatsache ist, daß reelle Kaufleute für 10 Pf. stets ein Pfund Salz liefern, was auch möglich ist, da sie daran immer noch 25 pCt. verdienen. Thatsache ist ferner, daß diejenigen Verkäufer, welche 11 Pf. verlangen, mit dem höheren Preise stets nur herausrücken, wenn der Käufer das Manko vom Gewicht festgestellt hat. Die anscheinend harmlos hingeworfene Frage: „Nicht wahr, für 10 Pfennig Salz?" wird zwar seitens der Verkäufer für ein Schutzmittel vor den Strafen des Betruges angesehen, vor den Richtern dürfte aber unter den begleitenden Umständen ein solcher Einwand nicht durchschlagen. Die Verkäufer haben gewöhnlich sämmtliche Waaren mit Preisnotizen versehen, das Salz aber niemals, und bei diesem ist es recht nothwendig, eine Abweichung von dem üblichen Preise bekannt zu geben. Beim Amtsgericht II schweben bereits mehrere Verfahren dieser Art, über deren Ausgang wir berichten werden.

Versammlungen.

Charlottenburg. Am 2. Juni fand eine von der Gewerkschafts-Kommission einberufene öffentliche Versammlung im Lokale „Bismarckshöhe" statt, in der Genosse Wagner, Berlin, über: „Die Gewerkschaftsbewegung der Zukunft" sprach.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Schwedenstr. 18, v. 1 Tr. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Korrum, Manteuffelstr. 42, v. 2 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und der Umgegend. Vorsitzender P. Gent, Dresdenerstr. 107/108. Alle Zuschriften, den Vereinskalender betreffend, sind an H. Bendix, Alexandrinenstraße 100, zu richten.

Briefkasten der Redaktion.

Kitzing. Ueber das Jubiläum haben wir in der ersten Beilage von Nr. 123 berichtet.

Witterungsübersicht vom 10. Juni 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresspiegel	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 0° R.)
Swinemünde	763	SO	4	heiter	14
Hamburg	763	NO	2	wolkenlos	15
Berlin	762	O	4	Regen	13
Wiesbaden	762	SW	2	bedeckt	14
München	764	W	6	bedeckt	12
Wien	759	WNW	3	bedeckt	14
Haparanda	758	W	4	wolkig	11
Petersburg	759	NW	2	wolkig	9
Cork	765	SW	2	Nebel	13
Aberdeen	765	SSO	3	halb bedeckt	11
Paris	764	W	3	bedeckt	14

Wetter-Prognose für Freitag, den 11. Juni 1897.
Ein wenig kühler, theils heiter, theils wolkig bei mäßigen nördlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Heute Freitag, 11. Juni, abends 8½ Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20:

Sitzung der Ortsverwaltung. 106/13

Markenausgabe vor der Sitzung von 8—8½ Uhr.

Arbeitsmarkt.

Mamsells auf Mädchen-Paletots einf., 1,50 M. an, verl. **Speckmann,** Schönhauser Allee Nr. 154 (nahe der Oderbergerstraße). 25065*

Kartonarbeiterinnen werden verlangt von **Theodor Nathan,** Stallschreiberstr. 29. 25065b*

Ein in chemisch-technischem Fache ausgebildeter tüchtiger Arbeiter wird als **Werkführer** für eine Fabrik von Erzeugung chemisch-techn. Präparate, Schmieren, Lacke, Putzpasta 2c., sofort bei hohem Lohn gesucht. Bewerber muß unbedingt im Stande sein, selbständig arbeiten und leiten zu können. Offerten u. **J. N. 9406** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Goldleisten. Tüchtige Versilberinnen verlangt 25246 **A. Werkmeister,** Schmidstr. 8a.

Tüchtige Grundirer u. Walzer für Goldleisten finden nach auswärts dauernde Stellung bei gutem Lohn. Reisespesen werden vergütet. Offerten u. **K. 1** an die Exped. d. Bl. erbet. 1983L.*

1 tüchtigen Silberschleifer verlangt **Weickhardt,** Ritterstr. 73. 25266

Blousenhemden-Näherinnen mit Vorlage verlangen bei hohem Lohn in u. außer dem Hause **Gebr. Ruben,** Poststr. 6.

Plätterinnen auf Damen-Oberhemden verlangen **Gebr. Ruben,** Poststr. 6.

Wäsche-Näherinnen im Hause verlangen **Gebr. Ruben,** Poststr. 6.

Goldleisten. 25185 Tüchtige **Leistenpacker** werden sofort verlangt Köpnickerstr. 109a.

Goldleisten. Tüchtige **Belegerinnen** finden dauernde Beschäftigung Köpnickerstr. 190a. 25175

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 11. Juni.

Neues kgl. Opernthea ter (Kroll). Tannhäuser.
Schauspielhaus. Coriolan.
Deutsches. Die Weber.
Berliner. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Lessing. Die Geisha.
Schiller. Papa Ritsche.
Neues. Trilby.
Thalia. Rothe Zettel.
Westen. Der Wildschütz.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.
Belle-Alliance. Konstantinopel.
Ostend. Unsere Reichspost.
Residenz. Dekorirt (Decors).
Alexanderplatz. Die versunkene Glocke. Morituri. Die Geisha.
Volks. Auf eigenen Füßen.
Apollo. Bemus auf Erden.
Passage-Panoptikum. 500 Sehenswürdigkeiten. Zwei Riesen-Illustionen.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: **Papa Ritsche.** Sonnabend, abends 8 Uhr: **Das Stiftungsfest.**

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**
Heute und folgende Tage: **Unsere Reichspost.** Volksstück mit Gesang in 4 Akten v. Kneisel. Musik v. C. Schäler. Anfang 7½ Uhr. — Im Garten: Gr. Spezialitäten-Vorstellung, Konzert, Theater. Hugo Schulz, Instrumental-Komiker. Anfang 5 Uhr.

Volks-Theater
31. Reichenberger-Strasse 34.
Sommer-Saison.
Abends 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Auf eigenen Füßen.
Gesangsposse v. Pohl u. Wilken, Musik von A. Conradi.
Vor der Vorstellung von 6½ Uhr, Sonntags 5½ Uhr:
Garten-Konzert.
Entree: Wochentags 30 Pf. bis 3 M. Sonntags 50 Pf. bis 3 M.

Olympia
im Belle-Alliance-Theater
Belle-Alliancestraße 7/8.
8½ Uhr:
G. Ottavi's
Konstantinopel.
Große orientalische Ausstattungs-Pantomime m. gr. Ballet in 8 Bildern.
Vorzugsbillets haben wieder Giltigkeit.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.
Auftreten des unerreichten Humoristen
Otto Reutter
mit seinen aktuellen selbstverfaßten Kouplets.
Um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
Burlesk-phantastische Operette m. Tanz in 1 Akt von Bolten-Bäckers. Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Direktor J. Glück.
Ferner **Auftreten v. Spezialitäten ersten Ranges.**
Kassenöffnung 6½ Uhr. Konzert 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

W. Hoack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Aennchen vom Hofe.
Schwank in 1 Akt von Jacobsohn.
Novität! **Die Zirkusfee.** Novität!
Operette in 1 Akt von E. Fetsch. Musik von Fritz Base.
Im Saale:
Grosser Ball.

Konzert-Garten (3000 Personen fassend.)
Schiller-Theater (Wallner-Theater)
Berlin O., Wallnertheaterstr. 35.
Angenehmer Aufenthalt für Jung und Alt.
Vereinen wie Gesellschaften empfehle ich den **Garten** zur Veranstaltung von **Sommerfesten** ꝛc. unter kulantesten Bedingungen. 2056b
R. Riefke, Restaurateur.

Schweizer Garten
Am Königsthor u. Friedrichshain.
Täglich! Täglich!
Theater- und Spezialitätenvorstellung
Volksbelustigungen aller Art.
Täglich: **Ball. Entree 30 Pf.**
Im Juli sind 2 Sonnabende frei geworden, welche an Vereine zu Sommerfesten z. verg. sind.

Urania,
Tauben-Strasse 48–49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62 (Lehrter Stadt-Bahnhof): Täglich von 5 Uhr nachmittags ab bis 10 Uhr abends Sternwarte und Mondpanorama. Eintritt 50 Pf. Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.
Die Kinder der Wüste.
30 Personen.
Vorstellung
12, 5, 7, 9 Uhr.

Castan's Panopticum.
Neu! Neu! Neu! Neu!
Die elektrisch belebten und künstlich sprechenden Menschen.
und hochkomisch!

Actien-Brauerei Friedrichshain.
Heute Freitag:
Gr. Militär-Frei-Konzert.
Programm unentgeltlich.

Viktoria-Brauerei
(Garten resp. Saal)
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
Heute sowie täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf sind Billets à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 Mark (für 3 Personen giltig) zu haben. (Siehe Plakate.)
Jeden Sonntag u. Donnerstag nach der Soiree:
Tanz-Kränzchen.

Feuerversicherung.
Eine alte deutsche Feuerversicherung sucht bei hoher Provision gewandte Personen als Vertreter. Off. „G. 812" bef. Max Gerstmann, Potsdamerstraße 128. G*

Achtung! Maurer. Achtung!

Heute, Freitag, abends 8 Uhr, in Keller's großem Saal, Koppenstraße Nr. 29:

Grosse öffentliche Generalversammlung

der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Wann gedenken die Kollegen unsere Forderungen durchzuführen?
2. Diskussion und Verschiedenes.

Kollegen! Jetzt heißt es, mit Ernst zu überlegen und zu entscheiden, was zur Verbesserung unserer Lage gethan werden kann. Erscheint darum recht zahlreich, damit Ihr Euer Wort mit in die Wagschale legen könnt!
280/19 **Die Lohnkommission.**

Puhlmann's Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148, Kastanien-Allee 97–99.
Täglich:
Mannschaft an Bord.
Komische Operette in 1 Akt.
Amélia Bland, Verwandlungs-Soubrette. **Paul Petras,** Gentl. Jongleur. **Martinus,** Gesangs- u. Tanz-Duettisten. **Barbarina,** Ballet-Ensemble. **Mizzi Braun,** Kostüm-Soubrette. **Gebr. Harry** und **William Latoure,** Piccolo-Theater. **Geschw. Morlé,** die Planeten d. Luft. **Arthur Martin,** Humorist. **Little Charles,** Lawinensturz. **Metzelty Troupe,** Miniatur-Akrobaten.
Im Saale: **Ball.**
Anfang 4½ Uhr. **Entree 30 Pf.**
Reservirter Platz **50 Pf.**

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuserstr. 4a. Inh. **H. Pierry.**
Täglich:
Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
im prachtvoll renovirten 1500 Personen fassenden Garten.
Ballhaus-Anna, Bade zu Hause u. s. w.
Passe-partouts haben an den Wochentagen Giltigkeit. — Familien können Kaffee kochen.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Jeden Sonntag:
Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Immer neues Programm.
Anfang 6 Uhr. Entree 30, reserv. 50 Pf.
Jeden Donnerstag:
Familien-Abend.
Gr. Theater-Vorstellung.
Anf. 7½ Uhr. Entree 25, reserv. 40 Pf.
Der Sommergarten ist nebst Kaffeeküche geöffnet.

Reichsgarten
Friedensstrasse 20 (Ecke Büschingstraße).
Täglich:
Grosses Frei-Konzert.
Die Kaffeeküche ist täglich, auch Sonntags, von 2 Uhr ab geöffnet.
H. Koslowsky.

Fliesenleger Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 13. Juni 1897, mittags 12 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung des Bureaus vom 9. Mai. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vertrauensmann.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 8.)
Sonntag, den 13. Juni, vormittags 9½ Uhr, im Kastanienwäldchen, Badstraße Nr. 16:
Mitglieder-Versammlung
der 5. Wahl-Abtheilung, bestehend aus den Bezirken II, III u. VI.
Tages-Ordnung: Wahl der Delegirten zur diesjährigen General-Versammlung. — Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimirt.
253/10 **Die Ortsverwaltungen der Bezirke II, III u. VI.**

Schäftebranche. **Verein deutsch. Schuhmacher Filiale V.**
Sonnabend, 12. Juni, abends 8½ Uhr, Rosenthalerstr. 57: **Versammlung.**

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.
Sonntag, den 13. Juni, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstraße 26.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
31/9 J. A.: **Fritz Krüger,** Kleine Marxhüstr. 4.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend.
General-Versammlung
am Sonntag, 13. Juni, vorm. 10 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung: 33/18
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl von Kassenrevisoren. 3. Vorstandsanträge. 4. Antrag des Vergnügungskomitees und Antrag Marx. 5. Verschiedenes und Fragekasten. **Der Vorstand.**
NB. Die diesjährige Landpartie findet am Montag, den 19. Juli, nach Beelitzhof statt. Zu recht reger Betheiligung ladet ein **Das Komitee.**

Achtung! Staaker. Achtung!
Sonntag, den 13. Juni, vorm. 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße Nr. 33:
Oeffentl. Versammlung der Staaker Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Die diesjährigen Verhältnisse und Bewegungen im Baugewerbe. Referent: **Th. Fischer.** 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über die in der letzten öffentlichen Versammlung vertagte Resolution. 4. Verschiedenes. 2523b **Der Einberufer.**

Tischler-Verein.
Sonnabend, 12. Juni, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zur Dampferpartie am 18. Juli. 198/20
Der Vorstand.

Achtung! Putzer. Achtung!
Sonntag, den 13. Juni 1897, vormittags punkt 11 Uhr, im Lokale Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung
des Zentralverbandes der Maurer Deutschl. (Zahlstelle Berlin I).
Tagesordnung:
1. Besprechung über Beschlußfassung zur Einführung des Achtstundentages. Referent Kollege **Silberschmidt.** 2. Besprechung über Rechtsschutzangelegenheiten. 3. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
134/18 **Die örtliche Verwaltung.**

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Sonnabend, den 12. Juni, bei Helfer, Oranienstr. 51:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Wolheim** über: „Die Luft und ihre Verflüssigung". 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
142/17 **Der Vorstand.**

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!
Sonntag, den 13. Juni, vormittags 11 Uhr, im Saale des Herrn Stabernack, Inselstraße 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 32/18
1. Vortrag des Kollegen **Gutsch** über: „Warum organisiren wir uns"? 2. Diskussion. 3. Wie gedenken wir unseren Arbeitsnachweis zu regeln? 4. Verschiedenes. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Zentralverband der Zimmerleute Deutschlands (Zahlstelle Berlin).
Am Sonntag, den 13. Juni 1897, vormittags 10½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstraße 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Neuwahl der Agitationskommission. 2. Neuwahl des Ausschusses. 3. Das Hochstaplerthum im Baugewerbe. Referent Genosse **Millarg.**
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kameraden nothwendig. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
254/13 **Der Vorstand.**

Ostbahn-Park
Rüdersdorferstr. 71. **Am Küstriner Platz.**
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der **20 Mann** starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn **Otto Görner.**
Kaffeeküche 3 bis 5 Uhr. — Volksbelustigungen aller Art. 4 Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche.
Entree: Wochentags nur 10 Pf. Sonntags 30 Pf., Kinder 10 Pf. **H. Jmbs.**

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
Oeconomie: **Birkholz & Mittag.**
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2–7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

R. F. Mittelstädt's **Original-Löwenbitter** ist aus passenden Kräutern abdestillirt befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.
In Fl. Mk. 0,60. 1,10. & 1,80.
Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Achtung!
Hierdurch theile ich allen Lesern des „Vorwärts" mit, daß ich Lübeckerstraße 19 ein **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal** eröffnet habe. 2522b
Gottfried Kurz, Gastwirth.

Rixdorf. Ed. Wiersing's
Restaurant, Garten und Ball-Salon.
Kniesebeckstr. 77. Hermannstr. 87.
Jeden Sonntag im Garten:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
bei freiem Entree. 1912b*
Im Saale: **Gr. Ball.** Kaffeeküche, v. 4 Uhr ab: 2 Kegelbahnen.
Meine Lokalitäten stehen zu Versammlungen, Hochzeiten und bei Leichenzügen zur Verfügung. **Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.**

Zahn-Klinik.
Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mitt. Cocain, Cloroäthol, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen umsonst; Ratenzahlung gestattet, Woche 1 M. *
Guckel, Lausitzerpl. 2, Elsasserstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Reisekoffer, Betten, Steppdecken, Gardinen, Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Operngläser, Regulatoren, Remontoiruhren, Granatarmbänder spottbillig
Pfandleihe **Neanderstr. 6.** 2452b

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof
Täglich (Sonntags vorm. von 7 bis 9 Uhr) **Verkauf von:**
Gekochtem Rindfleisch
à 30 und 35 Pf. per Pfund.
Gek. Schweinefleisch
à 40 Pf per Pfund. [1639b*

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garant. neue **Bettfedern** à Pfd. 55 Pf., **chinesische Halbdaunen** à Pfd. M. 1,25, **bessere Halbdaunen** à Pfd. M. 1,75, **vorzügliche Daunen** à Pfd. M. 2,85.
Von diesen Daunen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Sophastoff-Reste
zu Bezügen ausreichend, in **Phantasie, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Moquette und Plüsch,** sowie **Satteltaschen** spottbillig.
J. Adler,
1632b* **Teppich-Haus,**
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.
Illustrirte Preislisten gratis u. franko.

Niemand sollte versäumen
bei Bedarf **Brunnenstr. 110** (neben dem Pferdebahn-Depot) von **Ignatz Sello** zu beziehen: Frisch. **Maltrank,** ½ Fl. inkl. **50 Pf.; alten Nordhäuser** per Liter **50 Pf.,** hochfeinen **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (¼ Ltr.) à **80 Pf., Halb und Halb,** feinste Likörmischung, per ¼ Champagner-Flasche inkl. **90 Pf., Ingwer-, Pfeffermünz-** ꝛc. ff. **Liköre** ¼ Literfl. inkl. **1.10 M.,** ½ Literfl. inkl. **55 Pf., Himbeer- und Kirschsaft,** rein und dick eingekocht, per Liter **1.10 M., süssen Ungarwein,** Orig.-Fl. (½ Liter) von 90 Pf. an, sowie sämmtl. **Weine, Cognac, Rum etc.** Spirituosen im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf **No. 110, Brunnenstr. No. 110** zu achten. [1715b*

Sophastoffe auch Reste
in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!** 1635b*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Bettfedern, dreif. gereinigte neue, vorzügl. füllend, Pfund 50, 70, 90 Pf. **Halbdaunen** Pfd. 1,10. **Halbdaunen,** silberhell, Pfd. 1,60. **Daunen** von vorzügl. Füllkraft (3 Pfd. genügen z. größten Oberbett) Pfd. 2,75, empf. das als streng reell bekannte, 1870 gegr. Spezial-Geschäft von **S. Pollack, Oranienstr. 61,** am Moritzplatz.

Eckdestillation 2519b zu verkaufen Friedrichsberg, Friedrichkarlstr. 26. Miethe 900 M.; gr. Räume.

Eine Hofwohnung.
2 St., 1 Küche, eig. Korrid., sofort zu vermiethen. Näheres bei Dittmann, Brunnenstr. 71. 2521b*

Laden, Insterburgerstr. 4. Bedürfniß: Putz, Posamentier, Kinderkonfektion, sofort vermiethbar. 2470b

Charlottenburg. Adolf Grün, Wilmersdorferstraße 115-116, Herren-Moden.
Lager fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben. Anzüge nach Maass in kürzester Frist. Feste solide Preise.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.